



# Plenarprotokoll

## 71. Sitzung

Freitag, 12. Oktober 2007

<b>Perspektiven für den Mittelstand in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>5128</b>	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5138
Große Anfrage der CDU Drucksache 16/1316		Lars Harms [SSW].....	5140
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/1621		Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/1621, an den Wirtschaftsaus- schuss zur abschließenden Bera- tung.....	5142
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5128		
Johannes Callsen [CDU].....	5131		
Bernd Schröder [SPD].....	5133		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5135		

<b>Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern.....</b>	<b>5142</b>	Beschluss: Annahme.....	<b>5161</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1624		<b>Ausgestaltung des europäischen Forschungsraums.....</b>	<b>5161</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1658		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1636	
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5143, 5152	Niclas Herbst [CDU].....	5161
Lars Harms [SSW].....	5144, 5151	Rolf Fischer [SPD].....	5162
Jens Magnussen [CDU].....	5145	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5163
Olaf Schulze [SPD].....	5147	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5164
Günther Hildebrand [FDP].....	5148	Anke Spoorendonk [SSW].....	5165
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5149, 5152	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5166
Manfred Ritzek [CDU].....	5151	Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss.....	5167
Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 16/1658 an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss 2. Überweisung des Berichts der Landesregierung, Drucksache 16/1624, an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>5154</b>	<b>Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2006 bis 30. Juni 2006 .....</b>	<b>5167</b>
<b>Herausforderungen des demografischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein annehmen.....</b>	<b>5154</b>	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 16/1607	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1627		Detlef Buder [SPD], Berichterstatter.....	5167
Johannes Callsen [CDU].....	5154	Beschluss: Kenntnisnahme des Berichtes Drucksache 16/1607 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	5169
Bernd Schröder [SPD].....	5155	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufegesetzes und anderer Gesetze.....</b>	<b>5169</b>
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5156	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1453	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5157	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1593	
Lars Harms [SSW].....	5158	Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin.....	5169
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5159	Beschluss: Verabschiedung.....	5169

<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen über die gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.....</b>	5169	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften.....</b>	5170
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1612		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1641	
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss.....	5169	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/1655	
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung von Verwaltungsstrukturmaßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....</b>	5169	Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	5170
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1618		Beschluss: Verabschiedung.....	5170
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	5169	<b>Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....</b>	5170
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Übertragung und Finanzierung amtlicher Kontrollen bei bestimmten zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Veterinärbeleihungs- und Kostengesetz).....</b>	5169	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1652	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1619		Beschluss: Annahme.....	5170
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	5169	<b>Informatik als Unterrichtsfach in der Schule.....</b>	5170
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN).....</b>	5169	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1496	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1631		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 16/1572 (neu)	
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	5169	Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht- erstellerin.....	5170
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN).....</b>	5169	Beschluss: Annahme des Antrages in der Fassung der Drucksache 16/ 1572 (neu).....	5170
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1631		<b>Marktgerechtes Angebot an ökolo- gisch produzierten Lebensmitteln.....</b>	5170
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss.....	5170	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1160	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 16/1591	

Klaus Klinckhamer [CDU], Berichterstatter.....	5171
Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1160.....	5171
<b>Bericht über die Auswirkungen der Rente mit 67 in Schleswig-Holstein und die Umsetzung der „Initiative 50plus“ auf Landesebene.....</b>	<b>5171</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1355	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1594	
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin.....	5171
Beschluss: Kenntnisnahme des Berichtes der Landesregierung, Drucksache 16/1355.....	5171

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

#### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Abgeordneten Monika Schwalm, Frank Sauter, Sandra Redmann, Ulrike Rodust und Dr. Heiner Garg sowie Ministerpräsident Peter Harry Carstensen erkrankt sind. - Gute Besserung von dieser Stelle an die Erkrankten!

(Beifall)

Beurlaubt sind Abgeordneter Lothar Hay, Ministerin Dr. Trauernicht, Minister Dietrich Austermann - der jetzt noch bei uns ist - sowie Innenminister Dr. Stegner und Finanzminister Rainer Wiegard. Diese Liste ist sehr lang.

Ich begrüße mit Ihnen auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Bertolt-Brecht-Realschule aus Büdelsdorf - herzlich willkommen! - sowie Mitglieder der Fortbildungsakademie der Wirtschaft. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

#### Perspektiven für den Mittelstand in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der CDU  
Drucksache 16/1316

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 16/1621

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

#### Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir über dieses erfreuliche Thema gleich am Freitagmorgen miteinander sprechen können: die **Perspektiven für den Mittelstand**. Ich danke zunächst für die Anfrage. Ich glaube, dass man feststellen kann, dass es so eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen Situation - dieses wichtigen Teils unserer Wirtschaft - bisher nicht gegeben hat. Deswegen möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Da schließe ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den anderen Häusern ein, insbesondere

(Minister Dietrich Austermann)

aus dem Finanzministerium, aus dem Innenministerium und aus dem Arbeitsministerium. Ich denke, sie haben eine gute Arbeit für das geleistet, was vorgelegt worden ist.

(Beifall)

Aus den 80 Antworten auf die 80 Fragen ergibt sich ein sehr gesundes und dynamisches Bild unseres Wirtschaftsstandortes. Daraus wird wieder einmal deutlich, dass Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein faktisch Mittelstandspolitik ist. Es sind zwar immer wieder die großen Unternehmen - ich brauche nur das Thema Motorola anzusprechen -, die die Schlagzeilen bestimmen, aber man konnte auch positive Nachrichten in den letzten Monaten vernehmen: Caterpillar, REpower, Ethicon oder Dräger. Die Zahlen gehen deutlich nach oben.

Tatsächlich dominieren auch die kleinen und mittleren Unternehmen den Alltag unserer Wirtschaft. 99,7 % der Unternehmen gehören zum Mittelstand, 77 % der Arbeitnehmer sind dort beschäftigt und 54,3 % des Gesamtumsatzes werden in kleinen und mittleren Unternehmen erarbeitet. Damit ist Schleswig-Holstein deutlich mittelständischer strukturiert als andere Bundesländer. Das bringt Probleme mit sich, das hat aber auch viele Vorteile. Ich glaube, dass die Vorteile überwiegen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man sich auf die reine Betrachtung des wirtschaftlichen Wachstums beschränkt, wird man unter Umständen in der Summe zu einem falschen Ergebnis kommen und sich dann wundern, warum unser Wachstum nicht so stark ist wie gelegentlich in anderen Bundesländern. Wenn Sie sich allerdings die Realität der Betriebe ansehen und die Entwicklung des Arbeitsmarktes, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild.

Unsere **Wirtschaftsstruktur** ist nämlich nicht - wie in anderen Bundesländern - so abhängig von den großen Schwankungen auf den Weltmärkten und Schleswig-Holsteins Mittelstand hat Stärken vorzuweisen, die keinen Vergleich zu scheuen brauchen. Ich denke, wir haben neue Weichenstellungen vorgenommen und damit auch die Entwicklung positiv beeinflusst. Wir sind besonders gut bei der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen. Mit der Investitionsbank, der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft haben wir in Schleswig-Holstein ein Instrumentarium, um das uns manche anderen Bundesländer beneiden. Wir haben neue Programme dafür aufgelegt und alte Programme, die nicht so wir-

kungsvoll waren, beendet. Insbesondere kann man sagen, die **Förderung** greift.

Das Gleiche gilt für die **Aus- und Weiterbildung**. Wir hatten noch nie so viele Schulabgänger wie in diesem Jahr. 33.000 junge Leute haben die Schule verlassen. Wir haben einen 15-Jahres-Rekord an Lehrstellen, die wir gestern mit Herrn Goecke von der Arbeitsagentur präsentieren konnten. Ich denke, das ist erfreulich.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Auch das ist ein Ergebnis, das wir den kleinen und mittleren Unternehmen zu danken haben. Es steht fest: Je größer der Betrieb, desto geringer ist die Zahl der Ausbildungsplätze. Leider ist das so und oftmals beklagen die Mittelständler bei Betriebsbesuchen, dass die Großen ihnen die ausgebildeten Fachkräfte abwerben.

Eine weitere Stärke unseres Landes Schleswig-Holstein ist das Instrumentarium zur Unterstützung der Unternehmen bei Auslandsaktivitäten. Wir haben auch dies umgestellt. Das WTSH-Büro in China ist so gut, dass uns sogar die Bayern darum beneiden.

Ich denke, auf diese Erfolge können wir mit Fug und Recht stolz sein und darauf aufbauen.

Wir dürfen uns darauf aber nicht ausruhen. Ich möchte fünf Handlungsfelder ansprechen, in denen ich glaube, dass sich der Mittelstand in Schleswig-Holstein weiterentwickeln muss und über die es uns gelingen muss, die Wachstums- und Innovationskräfte des Mittelstandes zu stärken.

Erstens. Wir setzen auch in Zukunft weiter massiv auf Aus- und Weiterbildung. Das Thema Weiterbildung und demografische Entwicklung spielt nachher noch eine gesonderte Rolle, sodass ich mich hier relativ kurz fassen kann. Die Standorte mit den qualifiziertesten Arbeitskräften werden in Zukunft eine besondere Chance haben. Das Land oder die Betriebe, die besonders viele qualifizierte Arbeitskräfte haben, werden die Nase vorn haben. Dort wird investiert, dort wird neues Wachstum entstehen.

Ich denke, dass wir auch unser erfolgreiches Ausbildungssystem und die für alle Seiten gewinnbringende Kooperation von Politik, Verwaltung, Kammern und Unternehmen intensiv fortsetzen werden, die überbetriebliche Ausbildung verbessern und dafür sorgen, dass junge Menschen in Schleswig-Holstein erstklassige Entwicklungschancen haben, sei es durch eine Ausbildung oder durch ein Studium.

Ich möchte hier eine Anmerkung machen, die die Frage betrifft, wie wir nicht nur mit den **Schulab-**

(Minister Dietrich Austermann)

**gängern**, sondern auch mit den **älteren Bewerbern** umgehen. Wenn Sie sich die Statistik ansehen, werden Sie feststellen, dass 75 % der Ausbildungsplätze mit jungen Leuten besetzt sind, die die allgemeinbildenden Schulen gerade verlassen haben. 25 % kommen aus dem Bereich derer, die weitergebildet, weitergeschult, für das Berufsleben vorbereitet wurden oder die Altbewerber sind. Wenn man feststellt, dass die Zahl der Lehrstellen gestiegen ist, aber die Zahlen an anderen Stellen gesunken sind, dann ist klar, dass auch in diesem Jahr die Entwicklung sich deutlich zugunsten der Altbewerber fortgesetzt hat. Wir lassen niemanden am Rande stehen oder sitzen, der bereit ist, eine Ausbildung zu machen. Dafür werden wir auch in Zukunft unsere Kraft einsetzen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir ein besonderes Programm „Weiterbildung für Beschäftigte“ im KMU aufgelegt haben. Hier haben wir Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds eingesetzt. Hier werden Kosten für Seminare bezahlt. Wir zahlen praktisch 100 % der Weiterbildung von Mitarbeitern in kleinen und mittleren Unternehmen, wenn sich der Betrieb verpflichtet, die Mitarbeiter nach der Weiterbildung weiterzubeschäftigen, was im eigenen Interesse liegt. Ich glaube, dies ist ein besonders wirkungsvolles Programm.

Das zweite Handlungsfeld, das ich sehe, ist der **Ausbau des Technologietransfers**. Wir müssen einiges tun, um den Technologietransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft und von der Wirtschaft in die Hochschulen zu verbessern. Das gilt speziell bei einem mittelständisch strukturierten Land, denn kleine und mittlere Unternehmen haben keine Forschungslabors, haben keine wissenschaftlichen Einrichtungen. Deswegen müssen wir Ihnen durch die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft helfen. Da gibt es neue Entwicklungen.

Ich habe bereits angekündigt, dass wir ein Technologietransfergesetz vorbereiten, das bestimmte Dinge künftig anders strukturiert, um die Möglichkeit zu einem Eingangsportale für die Wirtschaft und ein Eingangsportale für die Wissenschaft zu schaffen und damit sicherzustellen, dass die Betriebe optimal an technologische Entwicklungen gelangen und die Zusammenarbeit noch besser funktioniert.

Der dritte Bereich ist die **Fortsetzung** unserer **Außenwirtschaftsoffensive**. Sie war bisher erfolgreich. Bei der Bilanz des Jahres 2007 werden wir aber, was die Außenwirtschaftszahlen betrifft, keine so positive Resonanz bekommen. Allein ein Betrieb in Flensburg, der Mitarbeiter abbaut und dessen Umsatz drastisch eingebrochen ist, verhagelt uns

die gesamte Bilanz. Deswegen sollten Sie sich dadurch nicht irritieren lassen.

Wenn Sie nach der Realität der Betriebe fragen, werden Sie feststellen: Jeden Tag werden in Schleswig-Holstein von den Unternehmen 50 Mitarbeiter eingestellt. Dabei handelt es sich um die kleinen und mittleren Betriebe. Orientieren Sie die Beantwortung der Frage nach dem Wachstum bitte an der Zahl der Beschäftigten und an deren Entwicklung sowie an der Arbeitslosenquote, weniger an offiziellen Statistiken. Manchmal sollte man auch weniger auf die Bewertung durch die Verbände geben. Gelegentlich sagen die Verbände, die Wirtschaft glaube nicht mehr an die Politik.

(Holger Astrup [SPD]: Wen meinen Sie damit?)

Der Kollege Schröder ist noch nicht da. Er sollte das, was ich gesagt habe, nicht als rufschädigend ansehen. Ich war am Montag zumindest zeitweise dabei, als eine Klausurtagung der Wirtschaftspolitiker der Koalitionsfraktionen stattfand. Es war ein sehr harmonisches Treffen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein seltenes Ereignis!)

- Ja, gut. Aber Sie bemühen sich doch, nach außen den Eindruck zu erwecken, als wenn diese Leute, wenn sie nebeneinandersitzen, aufeinander einschlagen. In der Realität ist es ein ganz anderes Bild.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich viele Entscheidungen, die für unsere Wirtschaft positiv wirken und auch schon bisher gewirkt haben. Wir haben bis auf wenige - manchmal zentrale - Punkte eine grobe Meinungsübereinstimmung in den wichtigen Fragen zu verzeichnen. Dazu gehört auch, dass wir sagen: Wir tun das Beste für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gemeinsam.

Der dritte Bereich ist also die Außenwirtschaftsoffensive. Sie läuft hervorragend und fördert die Außenwirtschaftsbeziehungen der kleinen und mittleren Unternehmen.

Der vierte Bereich heißt: **Stärken stärken**. Das betrifft die Förderung von Unternehmen. Manch einer sagt ja, es sehe so aus, als ob die Großen wesentlich stärker gefördert würden. Wir haben die Mittelstandsförderung in den letzten Jahren vervierfacht. Das mag zum Teil daran gelegen haben, dass in den Jahren 2000 bis 2004 die Unternehmen weniger

(Minister Dietrich Austermann)

Hilfen abgefragt haben, weil ihre wirtschaftliche Lage schlechter war. Faktum ist jedenfalls, dass wir die Investitionshilfen vervierfacht haben. Von der Gesamtheit der Förderung durch Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen in Höhe von 1,5 Milliarden € sind 1,3 Milliarden € an kleine und mittlere Unternehmen gegangen. Das macht deutlich, dass wir einen ganz eindeutigen Schwerpunkt bei den kleinen und mittleren Unternehmen setzen.

Der vierte und letzte Bereich ist die **Infrastruktur**. Zu den Maßnahmen, die wir natürlich besonders brauchen, um die wirtschaftliche Situation im Land zu verbessern, gehört die Förderung der Infrastruktur. Ich brauche die einzelnen Projekte, weil sie an anderer Stelle immer wieder gesondert diskutiert werden, heute nicht zu erwähnen. Für mich ist es aber ein wichtiges Thema. Ein Land mit hervorragenden Verbindungen kann auch eine hervorragende Wirtschaftspolitik machen und da können die Unternehmen auch hervorragend wirtschaften.

Ich denke, die Beantwortung der Großen Anfrage hat deutlich gemacht, dass sich unser Bundesland im Aufschwung befindet und wir in einer Situation sind, die im Vergleich mit anderen Bundesländern gut ist. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit haben wir inzwischen Platz fünf erreicht; vor ein paar Jahren war das noch anders. Wir haben einen Zuwachs bei der Beschäftigung zu verzeichnen. Interessanterweise gibt es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und zwar bei Langzeitarbeitslosen, auch und in besonders starkem Maße bei über 50-Jährigen.

Dies ist eine Antwort auch auf die Frage, an welcher Stelle Reformen richtig waren oder eventuell korrigiert werden müssen.

(Beifall bei CDU und Abgeordneten der SPD)

Dieses Land befindet sich jedenfalls im Aufschwung. Ich danke den Fraktionen, die diese Politik unterstützen, für die Arbeit, die sie dafür geleistet haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und mehr als 80 % aller Auszubildenden in unserem Land sind in mittelständischen Betrieben beschäftigt. Der Mittelstand trägt zu

74 % zum Umsatzsteueraufkommen in Schleswig-Holstein bei.

Diese Zahlen machen die große wirtschaftspolitische Bedeutung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen sowohl für den Arbeitsmarkt wie auch für den Wirtschaftsstandort deutlich. Für die CDU-Landtagsfraktion gilt daher das Motto: „Mittelstand im Mittelpunkt“.

Unser vorrangiges Ziel ist, die mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ihnen mehr Freiraum für die unternehmerische Betätigung zu geben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Große Anfrage der CDU zu den **Perspektiven des Mittelstands** verdeutlicht, dass wir damit richtige Schwerpunkte setzen und die CDU-geführte Landesregierung bereits zahlreiche positive Weichenstellungen hierfür vorgenommen hat.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, die an der Beantwortung der Großen Anfrage so umfangreich mitgearbeitet haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Deutlich wird dies insbesondere daran, dass die Stimmung in den mittelständischen Unternehmen sowohl nach dem IHK-Index wie auch nach den Konjunkturumfragen der Handwerkskammern seit Mitte 2005 deutlich angestiegen ist und zum Teil mehrjährige Höchstpunkte erreicht hat. Die Betriebe haben wieder Vertrauen in die Landespolitik und spüren wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen. So verzeichnen 89 % der Handwerksbetriebe nach der jüngsten Umfrage eine befriedigende und gute Geschäftslage. Im strukturschwachen Norden ist die Stimmung zum Teil sogar noch etwas besser.

Im Zentrum der Mittelstandsförderung steht für uns dabei das **Zukunftsprogramm Wirtschaft**, in dem für die Jahre 2007 bis 2013 mehr als 700 Millionen € zur Verfügung stehen, um Zukunftsprojekte für die und in den Unternehmen zu gestalten.

Gestern war in einer anderen Debatte von Parteitagsschlüssen die Rede. Deshalb will ich gern hinzufügen: Das Zukunftsprogramm Wirtschaft ist in erster Linie kein Energiesparprogramm und kein Steinbruch für parteipolitische Wünsche, sondern ein Wirtschaftsförderungsprogramm.

(Beifall bei der CDU)

Bei diesem Schwerpunkt für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze soll es nach Auffassung der CDU bleiben. Wenn sich darin auch einzelne Projekte aus dem Bereich Energie befinden, so ist

(Johannes Callsen)

das okay. Aber von vornherein innovative Ideen durch Quotierung auszuschalten halten wir für falsch.

Die Palette der Finanzierungsinstrumente wurde gerade in jüngster Zeit noch stärker auf mittelständische Betriebe ausgerichtet, etwa durch ein neues Darlehensprogramm gerade für kleinere und mittlere Unternehmen.

Mit dem neuen „Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein“ werden innovative und technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert. Dieses bundesweit einzigartige Fondskonzept sieht eine Verzahnung von Wirtschaftsförderung und Technologietransfer mit nahtlosen Finanzierungsübergängen von der Ausgründung aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen über die Unternehmensgründung bis hin zur Wachstumsfinanzierung vor. Dass die **Förderinstrumente** wirken, zeigt die hervorragende Bilanz 2006. Insgesamt 800 Unternehmen wurden gefördert. Damit wurden die Schaffung und die Sicherung von mehr als 23.100 Arbeitsplätzen erreicht.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Landesregierung darin, dieses Finanzierungsangebot für den Mittelstand stetig anzupassen, etwa durch einen neuen Risikokapitalfonds für KMU und Existenzgründungsvorhaben insbesondere in strukturschwachen Regionen sowie den neuen Mittelstandsfonds, mit dem die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessert werden soll. Beide Programme befinden sich noch in der Abstimmung mit Brüssel.

Die EU ist aufgefordert, die für Schleswig-Holstein wichtigen, marktnahen Förderinstrumente uneingeschränkt weiter flexibel zu ermöglichen.

Sorge bereitet im Übrigen die vom Bundesfinanzministerium geplante Absenkung der Rückbürgschaftsquote des Bundes, durch die die Rahmenbedingungen auch unserer Bürgschaftsbanken in Schleswig-Holstein verschlechtert werden. Wir unterstützen unseren Wirtschaftsminister Dietrich Austermann daher in seinem Einsatz gegenüber dem Bund, dass am bewährten System der **Rückbürgschaften des Bundes** auch in Zukunft in unveränderter Höhe festgehalten wird.

(Beifall bei der CDU)

Hier darf es nicht zu einer Benachteiligung des Mittelstands kommen.

Die Landesregierung hat in ihrem Bericht außerdem deutlich gemacht, dass den mittelständischen Betrieben in **strukturschwachen Regionen** besondere Aufmerksamkeit gilt. Wir erwarten, dass in der für die strukturschwächeren Regionen besonders

wichtige ausgleichsorientierte Förderansatz der neuen Förderperiode weiterhin einen besonderen Schwerpunkt hat. Das wird sicherlich die Kollegen vom SSW freuen und ihnen Anerkennung abverlangen.

(Beifall beim SSW)

Eine gezielte Politik für den Mittelstand beinhaltet allerdings nicht nur Finanzhilfen. Sie beinhaltet auch, den mittelständischen Betrieben die Türen für den **Technologietransfer** zu öffnen. Wir wollen auch kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine eigene Entwicklungsabteilung leisten können, in ihrer Kreativität unterstützen und ihnen den Zugang zu Innovationen erleichtern. Der Minister hat es ausgeführt, dafür gibt es im Land ein Netzwerk verschiedener Einrichtungen, das wir durch ein Technologietransfergesetz noch weiter ausbauen und den Bedürfnissen entsprechend anpassen wollen, denn das Potenzial bei den Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist - so denke ich - bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Beim Stichwort Technologien ist auch das **Internet** zu erwähnen. Schnelle Datenautobahnen sind heute genauso wichtig für den Mittelstand wie gute Verkehrswege. Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland in Deutschland ein eigenes Breitbandförderprogramm aufgelegt, mit dessen Hilfe die DSL-Versorgung in Schleswig-Holstein verbessert werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich an unseren hier im Landtag einstimmig beschlossenen Appell an die Deutsche Telekom, den DSL-Ausbau in Schleswig-Holstein zügig voranzutreiben, um Standortnachteile abzubauen.

(Beifall beim SSW)

Mithilfe der neuen DSL-Richtlinie gibt es jetzt Möglichkeiten auch mit anderen privaten Anbietern weiße Flecken in der DSL-Versorgung in Schleswig-Holstein zu schließen.

Neben der Förderung von Existenzgründungen gilt es, **Unternehmensübergaben** gerade bei kleinen und mittleren Betrieben zu erleichtern. Untersuchungen gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren bis zu 12.000 Unternehmensübertragungen in Familienunternehmen zwischen Nord- und Ostsee stattfinden. Hilfreich sind hier nicht nur die Finanzierungshilfen der Bürgschaftsbank, sondern wir unterstützen auch die Entlastung solcher Betriebe bei der Erbschaftsteuer, um den Betriebsübergang von einer Generation auf die nächste nicht zu behindern. Das Thema Erbschaftsteuerreform ist



(Johannes Callsen)

gegenwärtig in Berlin in der Diskussion. Von Kiel aus richte ich an unseren Berliner Koalitionspartner den Appell, die Erbschaftsteuerreform nicht weiter zu verzögern. Die Wirtschaft braucht auch an dieser Stelle Planungssicherheit.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Mehr unternehmerischer Freiraum bedeutet für uns auch weniger Bürokratie für den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz, mit der Überarbeitung des Landeswasserrechts und des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes wurden **bürokratische Belastungen** der Unternehmen abgebaut. Gleiches gilt für Neuregelungen im Abfallrecht. Wir haben durch Anhebung der Schwellenwerte im Vergaberecht dazu beigetragen, dass öffentliche Aufträge noch unbürokratischer und mittelstandsfreundlicher vergeben werden können.

Die neuen Spielräume der Landespolitik, die sich aus der **Föderalismusreform** ergeben, werden wir beispielsweise im Gaststättenrecht offensiv nutzen, um auch hier zu weiteren Deregulierungen und Entbürokratisierungen zu kommen. Um Planungs- und Genehmigungszeiten für gewerbliche Investitionsvorhaben zu verkürzen, ist es aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion notwendig, die Neufassung des Landesplanungsgesetzes und der Landesbauordnung vorzunehmen. Beides ist in Arbeit. Wir erwarten vom Gesetzentwurf des Innenministeriums eine weitgehende Streichung von Regelungen und eine Verminderung der Vorschriftendichte. Dies wurde dankenswerterweise bereits angekündigt. Die Ergebnisse einer unabhängigen Expertenkommission zur Landesbauordnung liefern hier - so glaube ich - eine gute Grundlage.

Zusammenfassend lässt sich aufgrund der Wirtschaftsdaten und aufgrund der Statistiken, die das Ministerium zusammengetragen hat, aber auch aufgrund der konkreten Handlungen, die die Landesregierung eingeleitet hat, feststellen: Der Mittelstand in Schleswig-Holstein hat gute Perspektiven. Alle Konjunkturumfragen, die Zahlen am Arbeitsmarkt, die Zahlen am Ausbildungsmarkt - gerade die gestrigen Zahlen -, aber auch schmerzliche Entscheidungen von Konzernen wie Motorola machen eines deutlich: Wer auf unseren Mittelstand in Schleswig-Holstein setzt, der setzt auf das richtige Pferd. Das wollen wir weiterhin tun.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Johannes Callsen. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte mit dem Satz beginnen: Was für ein Tag! Erst steht in den Zeitungen, dass ich angeblich gegen ein Tempolimit in Schleswig-Holstein bin.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nun hört doch den Rest! Dann lobt mich auch noch Herr Minister Austermann. Wie soll ich das überstehen?

(Beifall bei der CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist das jetzt die Abschiedsrede?)

- Dafür habe ich wiederum Verständnis. - Ich möchte mich zunächst bei Herrn Minister Austermann und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für die umfangliche Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Das ist eine gewaltige Arbeit gewesen und es gibt informative Aussagen. Herzlichen Dank auch im Namen der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Mittelstand ist der Motor der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Ihm gehören 99,7 % aller Unternehmen in Schleswig-Holstein an. Er beschäftigt 77 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, über 80 % aller Auszubildenden und trägt mit über 70 % zum Umsatzsteueraufkommen bei. Wir haben in diesem Haus wiederholt den Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land, zum Thema gehabt. Ich denke, in der Einschätzung der **Bedeutung des Mittelstands** für Schleswig-Holstein sind sich alle Fraktionen einig. An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten, die im „Bündnis für Ausbildung“ auch in diesem Jahr erfolgreich Ausbildungsstellen bereitgestellt haben und somit jungen Menschen eine berufliche Zukunftsperspektive bieten.

(Beifall bei der SPD)

Erfreulich ist, dass Initiativen, die den Mittelstand in Schleswig-Holstein stärken sollen, gemeinsam von allen Fraktionen dieses Hauses getragen wurden. Ich denke dabei beispielsweise an das Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz sowie zuletzt an die Erweiterung des Tariftruegesetzes.

(Bernd Schröder)

(Beifall beim SSW)

Umso erstaunter war ich über die Presseerklärung der CDU zu diesem Tagesordnungspunkt. Der von mir sehr geschätzte Kollege Callsen führt dort Folgendes aus, wodurch es übrigens keine neue Krise gibt:

„Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits zahlreiche positive Weichenstellungen für den Mittelstand vorgenommen. Die Große Anfrage zu den Perspektiven des Mittelstands in Schleswig-Holstein verdeutlicht, dass die CDU hier richtige Schwerpunkte setzt. Die Betriebe haben wieder Vertrauen in die Landespolitik und spüren wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen.“

Um es klar und deutlich zu sagen: Ich habe Verständnis für parteipolitische Aussagen, aber die mittelständischen Unternehmen sind nicht nur oder erst jetzt von der CDU und von der amtierenden Landesregierung entdeckt worden. Das ist in diesem Haus wohl unstrittig. Die SPD-geführte Vorgängerregierung hatte die kleinen und mittleren Unternehmen in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik gerückt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Kollege Kubicki, wer an seiner Lebensbiografie mit dem Titel „Mein Leben in der Opposition“ schreibt, der sollte hier jetzt nicht etwas anderes sagen. Die SPD-geführte Vorgängerregierung hat ganz konkrete und gezielte Förderprogramme für die KMU aufgelegt. Die Kollegen Hamerich und Jasper sollten zum Mittelstand vielleicht auch zuhören! Damit wurde ein **Instrumentarium an Förderhilfen** aufgebaut, das den Erwartungen und Erfordernissen der mittelständischen Wirtschaft hervorragend entsprach und auch heute noch entspricht. Die Verlautbarungen der Verbände spiegeln nicht immer das Engagement und den tatsächlichen Erfolg der Maßnahmen wider. Das sind langjährige leidvolle Erfahrungen aus einer regierungs-tragenden Fraktion heraus.

Es waren im Wesentlichen die Vorschläge und Konzepte von Wirtschaftsminister Bernd Rohwer, die sich darauf bezogen, die Finanzierung und Kreditvergabe an die KMU weiter zu sichern, den Unternehmen Steuererleichterungen zu verschaffen und die Lohnnebenkosten zu senken, flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen und schließlich Verwaltung zu verschlanken und überbordende Bürokratie abzubauen. Ich gebe das Lob gern zurück und sage ganz deutlich: Herr Minister Austermann, es ist gut und richtig, dass diese

Schwerpunkte von Ihnen fortgesetzt und ausgebaut werden, weil das aufgrund der von mir gemachten Aussage für unser Land und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Anzahl an Ausbildungsplätzen von ganz besonderer Bedeutung ist.

Es geht nun darum, die mittelständische Wirtschaft weiter zu stärken. Deshalb kommt es ganz entschieden darauf an, dass die **Kreditversorgung** des Mittelstands gesichert ist. Am 1. Januar 2007 ist die Basel-II-Vereinbarung in Kraft getreten. Private Banken und Sparkassen müssen jetzt mehr Eigenkapital zur Absicherung von Krediten bereitstellen. Deshalb steigt für sie das Kreditrisiko. Die Folgen sind höhere Zinsen und eine vorsichtigeren Kreditvergabe.

Grundsätzlich Erfreuliches zeigt die Unternehmensbefragung 2007, die die KfW-Bankengruppe und Unternehmensverbände am Mittwoch dieser Woche veröffentlicht haben: Die Unternehmensfinanzierung ist im Aufwind und erstmals profitieren auch kleine Unternehmen.

Dennoch, kleinere Unternehmen haben weiterhin Probleme, sich an die veränderten Rahmenbedingungen des Finanzmarkts anzupassen. Kleinere Unternehmen beurteilen die Beratungsqualität durch die Kreditgeber schlechter.

Die **Verbesserung der Eigenkapitalquote** ist nach wie vor eine Herausforderung für die kleinen und mittleren Betriebe. Sie sollten weiterhin alles daran setzen, ihr Eigenkapital zu erhöhen - zumal die gute konjunkturelle Lage nicht dauerhaft anhalten wird, wie wir wissen. Die Banken und Sparkassen sollten den Ratingprozess und die Ratingkriterien bei ihren Beratungen intensiver in den Fokus rücken.

Staatliche Maßnahmen der **Mittelstandsförderung** bekommen nach allem künftig noch mehr Bedeutung, wobei es dabei bleibt: Die Kreditversorgung des Mittelstandes ist die volkswirtschaftliche Aufgabe der Banken und Sparkassen im Land. Das Land unterstützt die Aktivitäten der Kreditwirtschaft und passt seine Förderinstrumente den veränderten Bedingungen an. Das ist ein Stück konkrete Wirtschafts- und Mittelstandsförderung. Dazu gehört auch die Nutzung relativ neuer Förderinstrumente, beispielsweise die Bereitstellung von Beteiligungskapital.

Die **Förderinstitute des Landes** haben mit neuen Produkten auf die veränderten Anforderungen und Rahmenbedingungen bei der Kreditversorgung des Mittelstandes reagiert. Keine spektakulären Strohfeder, sondern kontinuierliche und verlässliche Förderung, die sich an der Praxis der KMU orientiert

(Bernd Schröder)

und konkret darauf gerichtet ist, die Wettbewerbskraft dieser Unternehmen zu stärken, ihnen den Markteintritt zu erleichtern und sie vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen.

Dies gilt insbesondere für Produkte und Dienstleistungen in den Zukunftsfeldern wie Life Science, neue Medien, Informations- und Kommunikationstechniken und Elektronik, neuen Energien, Lebensmittelverarbeitung und Gesundheitswirtschaft. Unternehmen dieser Branchen sind in Schleswig-Holstein stark vertreten, sie gelten als ausgesprochen wettbewerbstark und sie sind natürlich allesamt kleine oder mittelständische Unternehmen.

Es muss darum gehen, die **Rahmenbedingungen** zu schaffen, unter denen sich der **Mittelstand** in Schleswig-Holstein weiterentwickeln kann, und es muss darum gehen, die mittelständischen Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen. Deshalb haben wir das Tarifreuegesetz ausgeweitet und deshalb setzen wir uns auch für Mindestlöhne ein.

(Beifall bei SPD und SSW)

Beim Abbau bürokratischer Hürden ist schon einiges geleistet worden, es reicht bei Weitem aber noch nicht. Bei Forschung, Entwicklung und Innovation ist auffällig, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich weit unterproportional beteiligt ist. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Zur Gewährleistung der Effizienz der eingesetzten Landesmittel brauchen wir eine ständige transparente Evaluation der Förderinstrumente und einzelbetrieblichen Förderungen.

Der künftige Bedarf an Fachkräften kann nur durch rechtzeitige Ausbildung junger Menschen und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedeckt werden. Wir werden das beim Tagesordnungspunkt demografische Entwicklung weiter vertiefen. Die Verantwortung dafür liegt bei der Wirtschaft.

Die Kooperation im „Bündnis für Ausbildung“ - ich habe es gesagt - hat sich bewährt und ist fortzusetzen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema. Es ist gesellschaftspolitisch ein Gewinn, wenn die Fähigkeiten von Frauen und Männern in allen Bereichen gleichermaßen zum Tragen kommen.

Wir sollten die **europäische Öffnung** weniger als Risiko, sondern mehr als Chance begreifen. Ob deutsch-dänischer Austausch oder Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Un-

ternehmen aus den neuen EU-Mitgliedsländern: Wir sollten vor allem auf die Chancen schauen, die sich für Unternehmen in Schleswig-Holstein ergeben. Es gibt neue Blickwinkel und der Markt wird geöffnet. Hier können wir viel von Großunternehmen lernen, wie Lufthansa, Deutsche Bank oder Ford: je vielfältiger, desto anpassungsfähiger.

Ich sagte eingangs, dass der Mittelstand der Motor der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ist. Wir werden und müssen verantwortungsvoll alles dafür tun, damit dieser Motor nicht anfängt zu stottern. Im Gegenteil: Im Interesse des Landes, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Interesse derjenigen, die Ausbildungsplätze suchen, muss dieser Motor, muss der Mittelstand elastisch, dynamisch und kraftvoll gehalten werden.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernd Schröder und erteile für die FDP-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Neugebauer, ich will und kann und muss das Land gar nicht schlechtreden. Es ist, wie es ist, und die Menschen dieses Landes wissen, wie es um die Situation bestellt ist.

In Deutschland und in Schleswig-Holstein ist und bleibt der **Mittelstand** das **Rückrat der Wirtschaft**. Alle betonen das immer wieder in ihren Reden. Es ist nicht müßig zu wiederholen, dass nahezu alle Unternehmen in Deutschland dem Mittelstand angehören und dass mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und fast 80 % aller Auszubildenden dort organisiert werden. Mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung wird im Mittelstand erwirtschaftet.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, dass sie dies und vieles mehr in einer umfangreichen **Datensammlung** erneut belegt haben. Bei allen diesen Messzahlen ist der Mittelstand in Schleswig-Holstein noch stärker vertreten, weil der Anteil der Großunternehmen hier noch kleiner ist als in Deutschland insgesamt. Das mögen sich auch alle diejenigen noch einmal vergegenwärtigen, Kollege Neugebauer, die wähnen, unsere Gesellschaft befände sich im Würgegriff inter-

(Wolfgang Kubicki)

nationaler oder nationaler Großkonzerne. Diese Annahme ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Wirtschaftspolitik folgt daraus selbstverständlich: Wenn die Politik die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen und fördern will, dann muss sie die **Bedingungen für den Mittelstand** verbessern. Deshalb zieht sich das Bekenntnis, Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein sei Mittelstandspolitik, seit Jahrzehnten durch alle wirtschaftspolitischen Debattenbeiträge aller Parteien. Aber ebenso selbstverständlich folgern die Vertreter verschiedener politischer Richtungen daraus völlig Unterschiedliches.

Wir Liberale vertrauen stärker als die meisten anderen auf die **Leistungsfähigkeit** und die **Anpassungsfähigkeit** mittelständischer Unternehmen. Deshalb stehen für uns im Mittelpunkt einer sinnvollen Wirtschaftspolitik günstige Rahmenbedingungen für den Mittelstand: sicheres privates Eigentum, weitreichende Vertragsfreiheit, wenig belastende Bürokratie.

Herr Kollege Schröder, wenn Sie davon reden, man müsse den Bürokratieabbau vorantreiben, stellt sich für uns die Frage, wer die Bürokratie in der Vergangenheit aufgebaut hat. Das waren doch nicht die Unternehmen selbst, sondern das waren die, die heute sagen: Wir müssen zum Abbau beitragen.

Dazu gehört ein leistungsfähiges Bildungswesen, dazu gehört eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine effiziente Organisation der sozialen Sicherung. Das sind die wesentlichen Pfeiler einer förderlichen Wirtschaftspolitik für den Mittelstand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dagegen ist die **einzelbetriebliche Förderung** für uns kein zentrales Element erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten  
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Die klassische Subvention, bei der der Staat Geld an Unternehmen verschenkt, wirkt meist schädlich. Denn erst muss der Staat das Geld anderen wegnehmen, anschließend verschenkt der Staat das Geld entweder an Unternehmen, die auch ohne die **Subvention** bestehen könnten, oder an Unternehmen, die ohne Subvention untergingen. In beiden Fällen werden knappe Mittel verschwendet. So zwingt der Staat diejenigen, denen er das Geld für die Subvention wegnimmt, Güter und Dienstleistungen zu bezahlen, die sie gar nicht kaufen wollten. Diese Kos-

ten der Subventionen überwiegen meist deren Nutzen, werden aber meist geflissentlich verschwiegen.

Selbstverständlich fallen Subventionszahlern und -empfängern immer Erklärungen ein, warum die Subvention in dem gerade betrachteten Fall unschädlich wäre. Manchmal sind diese Erklärungen sogar stichhaltig. Aber in den meisten Fällen eben nicht. Denn fast alle Subventionen schmälern die Menge der Waren und Dienstleistungen, die eine Gesellschaft herstellt. Dann geht es vielen Menschen schlechter, als es ihnen ohne die Subventionen ginge.

Auch die Zahlen sprechen gegen die einzelbetriebliche Förderung: So hat das Land 2006 gut 240 Millionen € dafür ausgegeben. Damit sollen nach Angaben der Landesregierung fast 800 Millionen € Investitionen ausgelöst und über 23.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen worden sein. Dies bedeutete, dass 1 € Landessubvention fast 3 € betriebliche Investitionen auslösen würde. Das ist unrealistisch. Um die förderliche Wirkung der Subventionen zu ermitteln, muss verglichen werden, wie viel ohne Förderung investiert worden wäre.

Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass der Großteil der betrieblichen Investitionen auch ohne Subventionen getätigt würden - selbstverständlich nicht unbedingt in den Unternehmen, die subventioniert werden. Gehen wir einmal davon aus, dass die Subventionen die Investitionen wenigstens um den Subventionsbetrag steigern, dann hätte die einzelbetriebliche Förderung mit gut 240 Millionen € einen Anteil von etwa 2 % an den über 11 Milliarden € Investitionen in Schleswig-Holstein gehabt. Da sich die einzelbetriebliche Förderung ungefähr auf dem Niveau der Vorjahre bewegte - Kollege Schröder hat ja darauf hingewiesen, dass sich da kaum etwas verändert hat -, kann sie zu einer höheren Investitionsdynamik kaum etwas beigetragen haben.

Wer sich also hier hinstellt und behauptet, der gegenwärtige Aufschwung in Schleswig-Holstein beweise den Erfolg der hiesigen Förderpolitik, liegt meines Erachtens völlig falsch.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Der gegenwärtige **Aufschwung** in Deutschland und in Schleswig-Holstein wurde ausgelöst durch den lang andauernden Aufschwung der Weltwirtschaft, und zwar mit einer langen Verzögerung. Die Förderpolitik des Bundes und der Länder hat am Aufschwung kaum einen Anteil, denn die Förderpolitik hat sich ja seit dem Beginn des Aufschwunges 2005 nicht verändert. Mit einzelbetrieblicher Förderung

(Wolfgang Kubicki)

wurde noch nirgendwo auf der Welt ein Aufschwung herbeisubventioniert noch eine Wachstumsschwäche beseitigt, im Gegenteil: Möglicherweise ist die Förder- und Subventionspolitik von Bund und Ländern sogar mitverantwortlich dafür, dass es so lange gedauert hat, bis der Boom der Weltwirtschaft auch den Warenexportweltmeister erreicht hat.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir uns einmal den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen angucken, dann sagen uns heute alle, auch die damals Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen - denken Sie nur an Sozialdemokraten wie Herrn Rau, der bedauerlicherweise verstorben ist, oder Herrn Steinbrück -: Wenn wir den **Strukturwandel** stärker in Anspruch genommen und die Kohle nicht weiter so hoch subventioniert hätten, wie wir es getan haben, wäre Nordrhein-Westfalen heute weiter, als es gegenwärtig ist.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus all diesen Gründen halten wir einzelbetriebliche Förderung für kein sinnvolles Instrument der Wirtschaftspolitik und haben dies auch in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt untermauert.

Vielleicht eine kleine Begebenheit am Rande: Während eines Golfspiels bin ich von jemandem aus Nordrhein-Westfalen darauf angesprochen worden, dass er es für einen ausgemacht guten PR-Gag hält, dass in Schleswig-Holstein die Verbesserung des Plops einer Flasche mit 1,6 Millionen € subventioniert wurde. Er hat das so gesagt: Das sei ein wunderbarer PR-Gag, aber dass das sinnvolle Wirtschaftspolitik sei, könne er mit Sicherheit nicht so im Raum stehen lassen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Der kennt das Bier nicht!)

- In seinem Golfklub wird Flensburger Pils getrunken, Herr Landtagspräsident. Das hat er ausdrücklich gesagt. Aber dass die Verbesserung des Plops eine Innovationsleistung sei, die man mit 1,6 Millionen € beglücken müsse, sei mehr PR als dass es tatsächlich Investitionspolitik sei.

Viel besser als mit Subventionen könnte dem Mittelstand geholfen werden, wenn der Staat weniger regeln würde. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses beispielsweise stellte der Finanzminister klar, dass die derzeit zwischen Bund und Ländern diskutierten Pläne zur Reform der Erbschaftsteuer unser **Steuerrecht** noch komplizierter machten. Ich empfehle wirklich allen einmal, mit Steuerberatern

und Wirtschaftsprüfern zu reden, wie unsere mittelständischen Unternehmen darunter leiden, darüber, dass sie Probleme bei der Anwendung des Steuerrechts haben, und darüber, wie teuer das wird, wenn sie die entsprechenden Berater bezahlen müssen, um überhaupt durch die Gesetzesmaterie durchdringen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Mittelstandsfreundlich, Kollege Schröder, ist das nicht. Das muss man den Sozialdemokraten sagen, weil die diese Vorstellungen im Bund entwickelt haben. Eine altersbedingte Unternehmensübergabe wird nicht einfacher, wenn die Übernehmenden in ihrer unternehmerischen Gestaltungsfähigkeit für die folgenden zehn Jahre von Staats wegen eingeschränkt werden. Fällt die Wirtschaft in dieser Zeit in eine Rezession, gibt es für viele Unternehmen manchmal keine Alternative dazu, Arbeitsplätze abzubauen, um das Unternehmen erhalten zu können. Wenn sie das tun, werden sie zusätzlich zu ihrer wirtschaftlichen Situation mit einer Erbschaftsteuerforderung belastet, die dann auch noch regelmäßig aus dem Betriebsvermögen bedient werden muss.

Das heißt, die Kopplung der Erbschaftsteuerreduzierung an die Beschäftigtenzahl über einen Zeitraum von zehn Jahren macht die Betriebe handlungsunfähig. Diese Erwartung allein wird von vornherein die Neigung von Mittelständlern senken, in guten Zeiten neue Arbeitsplätze aufzubauen, wenn eine **Unternehmensübergabe** bevorsteht. Und wir befinden uns in einer Phase, in der viele Unternehmensübergaben an den Markt kommen.

Folglich würde der Staat mit seiner Absicht, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, dafür sorgen, dass es weniger Arbeitsplätze gibt. Das wäre ein klassischer Fall fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Leistungen der Menschen im Mittelstand, der Unternehmer und der Beschäftigten, sind die Grundlage des Wohlstands unserer Gesellschaft. Je dynamischer sich der Mittelstand entwickeln kann, desto besser geht es uns und desto mehr gibt es zu verteilen. Deshalb sollten wir dafür arbeiten, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des Mittelstandes zu lockern, damit unser Mittelstand dynamischer agieren kann. Lassen wir die Menschen doch einfach arbeiten, ohne dass wir sie dauernd mit neuen Gesetzesvorhaben, mit neuen Richtlinien, mit neuen Erlassen beglücken.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kubicki und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir kommt es manchmal so ein bisschen vor wie in der Europapolitik, nämlich dass alle Fraktionen hier im Haus den **Mittelstand** in der Wirtschaft bedeutend finden. Wir unterscheiden uns natürlich in einigen Details. Aber auch meine Fraktion sagt: Das ist ein großer Vorteil unserer Wirtschaftsstruktur. Wir hatten ja auch schon andere Phasen, Herr Minister Austermann, in denen es auf Bundesebene bergab ging - zum Beispiel, weil die Kfz-Industrie schlecht lief - und sich unsere Struktur als stabiler erwies als die Bundesstruktur.

Der Mittelstand ist und bleibt das wirtschaftliche Rückgrat von Schleswig-Holstein. Diese hohe Bewertung bezieht sich auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Der Mittelstand stellt in Schleswig-Holstein 77 % davon zur Verfügung. Bei der Zahl der Ausbildungsplätze liegt die Mittelstandsquote sogar bei 83 %. Dabei wird die EU-Definition der KMUs angewendet, als Unternehmen bis 249 Beschäftigte und jährlicher Umsatz bis zu 50 Millionen €. Im westdeutschen Durchschnitt arbeitet circa ein Drittel der Beschäftigten in großen Betrieben, in Schleswig-Holstein sind das nur 23 %. Das zeigt den Unterschied, aber auch die Bedeutung der mittleren und kleinen Betriebe bei uns im Land.

Die inhaltliche Wertschätzung des Mittelstandes liegt bei dem konkreten Unternehmertum mit der Einheit von Verantwortung, Risiko, Eigentum und Haftung. Oft haben wir es bei familiär geführten Unternehmen mit besonderen **Beziehungen zu den Beschäftigten** zu tun. Das darf man auch nicht vergessen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich habe mit so manchem Unternehmer, der in Schwierigkeiten geriet, gesprochen und weiß, wie diesen Menschen die jahrzehntelange Zusammenarbeit mit ihren Mitarbeitern - sie sagen „meine Mitarbeiter“ - am Herzen liegt. Das sagt ein Heuschreckenunternehmen nicht.

Die Antworten der Landesregierung beschreiben eine aktuelle gute Stimmung bei kleinen und middle-

ren Unternehmen. Belegt wird das durch den Konjunkturindex der IHK Schleswig-Holstein. Aus grüner Sicht gibt es bei Verbesserungen der **Perspektiven des Mittelstandes** sechs zentrale Handlungsfelder. Es geht zunächst um eine bessere Kreditversorgung zu mittelstandsfreundlichen Konditionen. Es geht um Steuererleichterungen. Hinzu kommen der Abbau von Lohnnebenkosten, flexible Arbeitsmärkte und der Abbau bürokratischer Hemmnisse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders wichtig für uns Grüne ist eine Innovationsförderung, die ressourcensparendes und energieverbrauchsoptimiertes Wirtschaften unterstützt.

Die ausreichende **Kreditversorgung** für die KMUs ist und bleibt ein echtes Problem. Es kann nicht alles mit Basel II erklärt werden. Sosehr die Ratings den kleinen Unternehmer nerven können - es ist ein sinnvolles Instrument, auch um dem Unternehmer den Spiegel vorzuhalten: So ist deine Situation; da musst du etwas tun, um dich zu verbessern.

Die gesamte Kreditwirtschaft befindet sich zurzeit im Umbruch. Auch die Kreditwirtschaft ist durch Börsenentwicklungen, Zusammenschlüsse und die aktuelle Immobilien- und Finanzkrise gebeutelt und agiert vorsichtiger. Umso wichtiger ist es, dass die Sparkassen den Mittelstand vor Ort unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher werden wir weiterhin unsere Politik der Stärkung und der Unterstützung der Sparkassen in Schleswig-Holstein fortsetzen.

Die vielfältigen Existenzgründer und Mittelstandsprogramme des Landes sind weiter optimiert worden. Das muss anerkannt werden. Bei unseren Betriebsbesuchen im Land wird die Förderlandschaft in Schleswig-Holstein gerade für innovative Betriebe immer gelobt. Allerdings hat der Kollege Kubicki bei der Förderpolitik den Finger schon in die Wunde gelegt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auf den Verschluss!)

- Da hat er völlig recht gehabt. Ich habe auch noch etwas zu dem Plop-Verschluss aufgeschrieben.

Wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Hausbanken der Unternehmen. Die haben in der Regel keinen Anreiz, Förderprogramme für die KMUs zu erarbeiten und beratend mitzuhelfen, wenn sie daran nichts verdienen und Kredite nur durchlaufen.

Die Innovationsbank des Landes übernimmt bei kleineren Kreditbedarfen die Funktion der Haus-

(Detlef Matthiessen)

bank. Das ist gut so. Neben der IB leisten die Bürgschaftsbanken und die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften eine gute Arbeit für den Mittelstand. Ich nenne beispielhaft das Instrument BoB, Bürgschaft ohne Bank, wo nach einer Vorprüfung durch eine Bürgschaftsbank ein potenzieller Kreditnehmer mit der erhaltenen Bürgschaftszusage an seine Hausbank herantritt und dadurch bessere Karten hat. Ich habe selber einige junge Unternehmen dabei begleitet und weiß, dass das häufig ein schwieriges Geschäft ist. Sie haben gute Ideen. Das aber in Existenz und stabiles Wirtschaften umzusetzen, ist ihnen häufig nicht in die Wiege gelegt.

Das große Interesse der grünen Landtagsfraktion gilt vor allen Dingen der **Senkung der Lohnnebenkosten**. Die kleinen und mittleren Unternehmen haben einen deutlich höheren Personalkostenanteil als Großbetriebe. Deshalb werden sie von der Senkung der Lohnnebenkosten am meisten profitieren. Der Produktionsfaktor Arbeit muss bei den Kosten für die sozialen Sicherungssysteme drastisch entlastet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Lohnnebenkosten von 40 % gleichen einer Strafsteuer für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, einer Strafsteuer auf Beschäftigung. Auch wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgesenkt wurden, muss doch zur Kenntnis genommen werden, dass die Beiträge zur Rentenversicherung wie zur Krankenversicherung gestiegen sind. Mehrwert- und Ökosteuer sind zur Gegensteuerung von Sozialabgaben geeignet. Sie sind dazu noch außenhandelsneutral. Wir Grünen haben in aller Stille mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen können, dass die Ökosteuern von der Großen Koalition nicht abgeschafft wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bedenkt man, dass sich die Bundeskanzlerin bei der Einführung der Ökosteuer mit einem Tankstellenschlauch um den Hals hat fotografieren lassen, als würde sie aufgehängt werden - solche Plakate hat es damals gegeben -, hätte die Große Koalition auf Initiative der CDU sofort radikal alle Ökosteuern abschaffen müssen. Sie sind aber nicht um einen Cent abgesenkt worden.

Einen **Abbau von bürokratischen Belastungen** für den Mittelstand kann ich nur unterstützen. Wir brauchen transparente, effektive und zügige Genehmigungs- und Zulassungsverfahren, ohne dass Sorgfalt, Sicherheit und Umweltschutz auf der Strecke bleiben. Auch die Befreiung von statistischen Berichtspflichten ist ein Dauerthema, bei

dem es echte Fortschritte geben muss. Die grundsätzliche Verlagerung von diesbezüglichen Aufgaben, die ansiedlungs- und genehmigungsrelevant sind, auf die untere kommunale Ebene ist nicht immer produktiv. Sprechen Sie einmal mit den Antragstellern. Diese sind hochzufrieden, wenn zum Beispiel Antragsverfahren von den staatlichen Umweltämtern zentral begleitet werden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es sollte nicht so sein, wie es Herr Hentschel neu dargestellt hat, dass ein Unternehmer im Bereich der Wirtschaftsförderung zu zwölf Bürgermeistern geführt wird, mit denen er sich dann im Einzelnen auseinandersetzen soll.

Ich komme noch einmal auf die Förderung zurück. Herr Kubicki hat schon darauf hingewiesen, dass eine **einzelbetriebliche Förderung** keinen Sinn macht. Ich kann es mir nicht verkneifen, an dieser Stelle noch einen Punkt anzusprechen. Ich beziehe mich hier auf den berühmten Plop. Da fördert der Wirtschaftsminister Austermann die Entwicklung eines neuen Bügelflaschenverschlusses für die bekannte Bierflasche der Flensburger Brauerei mit 1,5 Millionen € aus dem Programm „Betriebliche Innovationen“. So ist es einer Pressemitteilung zu entnehmen. Dieses Thema ist in der Presse dann vielfach diskutiert worden. Es geht um einen neuen Bügelverschluss mit optimierten Eigenschaften hinsichtlich Funktionalität, Lebensdauer und Qualität. Die Fachhochschule Flensburg ist bei diesem Projekt eingebunden. Es wird gesagt, wir hätten es hier mit einer innovativen, praxisorientierten Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir Grüne haben zunächst in den Kalender geschaut und festgestellt, dass es sich nicht - wie wir zuerst gedacht haben - um den 1. April handelt. Der Bügelverschluss einer Bierflasche ist eine sehr alte Technik und sie kann sicherlich optimiert werden. Es geht hier in diesem Fall aber wirklich nicht um eine Innovation. Eine Förderung von 1,5 Millionen € ist nicht zu rechtfertigen. Wir haben gestern dazu noch eine Kleine Anfrage eingereicht, in deren Rahmen wir Einzelfragen stellen.

Herr Kayenburg, ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Ich war am Timmendorfer Strand. Dort sollte ein großes Edelhotel gebaut werden. Dafür wurde eine Millionenförderung in Aussicht gestellt. Parallel dazu hatte aber in Sichtweite ein Hotelunternehmer inzwischen 3,5 Millionen € für die Sanierung seines Hauses in die Hand genommen, und zwar

(Detlef Matthiessen)

ohne Förderung. Was wird dieser denn sagen, wenn sein Mitbewerber sich mit der Förderung in unmittelbarer Nähe stark entwickelt und ihm die Gästeklaut?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Politik der vergoldeten Strandpromenaden muss ein Ende haben.

Die **ökologische Energiewende** bedeutet nichts anderes, als Stoffströme durch Kapital zu ersetzen. Die bei McKinsey in Auftrag gegebene Studie überraschte ja den BDI so sehr, dass er sie zunächst gar nicht veröffentlichen wollte. Man wollte durch die McKinsey-Studie eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 20 % als Wirtschaftshemmnis bestätigt bekommen. Das Ergebnis war aber ein ganz anderes. Es wurde gesagt: Eine Reduktion um 30 % müssen wir auf jeden Fall erreichen. Eine Reduktion um 40 % wäre auch noch wirtschaftlich.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Wir merken, dass wir in Schleswig-Holstein gut aufgestellt sind. Wir profitieren von der ökologischen Energiewende. Der Mittelstand in Schleswig-Holstein ist unser Wirtschaftsmotor. Ihn weiter zu fördern ist zentralen Anliegen der grünen Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Für den SSW erhält der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den statistischen Teil mit den vielen Prozentzahlen will ich mir ersparen. Ich verweise diesbezüglich auf die Rede des Kollegen Schröder, der deutlich gemacht hat, welche **Bedeutung der Mittelstand** hat. Aufgrund der Tatsache, dass der Mittelstand für Schleswig-Holstein so bedeutend ist, begrüßen wir es, dass wir uns heute hier mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betreffend Perspektiven für den Mittelstand in Schleswig-Holstein beschäftigen. Wir bedanken uns ausdrücklich beim Ministerium und bei den Be-

teiligten, dass man uns diese ausführliche Darstellung zu den Perspektiven für den Mittelstand vorgelegt hat.

Schon in der Vergangenheit standen die Pflege und die Weiterentwicklung des Mittelstandes im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass die Große Koalition diese erfolgreiche Politik weitergeführt hat. Das freut uns sehr. Dies geht insbesondere aus den Passagen der Antwort auf die Große Anfrage hervor, in denen es um die Mitttestandsförderung und die Mittelstandsfinanzierung geht. Ich möchte dem Kollegen Schröder darin beipflichten, dass mit dieser Politik schon in der vergangenen Wahlperiode begonnen wurde. Sie ist damals von uns schon unterstützt worden. Sie dürfen sich deshalb nicht wundern, dass Sie nach meiner Rede feststellen werden, dass von uns das, was bisher in der Mittelstandspolitik gemacht wurde, auch weiterhin begrüßt wird.

Das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“, das ja mit verschiedenen Fördermitteln - zusammengesetzt aus Landesmitteln, EU-Geldern und GA-Mitteln - und bewährten Förderinstrumenten die heimische Wirtschaft ankurbeln und unterstützen soll, ist ja ein Nachfolger des Programms „Zukunft im Land“. Auch die Förderinstitute des Landes - zum Beispiel die I-Bank oder die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH - haben schon eine lange erfolgreiche Geschichte in der Förderpolitik des Landes hinter sich. Wie gesagt: Kontinuität ist etwas ganz Vernünftiges.

Es sei zugegeben, dass die Landesregierung in den letzten Jahren einiges getan hat, um diese bewährten **Instrumente der Mittelstandspolitik** weiterzuentwickeln. Der SSW war nicht immer mit den Prioritätensetzungen einverstanden - ich nenne hier das Stichwort Husumer Hafen -, aber wir stellen erfreut fest, dass die Landesregierung im letzten Jahr zumindest den Willen gezeigt hat, sich verstärkt um die Belange der strukturschwachen nördlichen Region und der Westküste zu bemühen.

So bewerten wir die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark als einen Fortschritt, dem allerdings noch weitere Meilensteine folgen müssen, damit die jetzt beschlossenen Leuchttürme der **deutsch-dänischen Zusammenarbeit** nicht allein in der Landschaft herumstehen.

(Beifall beim SSW)

Für den nördlichen Landesteil ist der Ausbau dieser Zusammenarbeit die entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und Arbeitsplätze im deutsch-dänischen Grenzland zu schaffen. Auch



(Lars Harms)

hier spielt der Mittelstand der Region eine wichtige Rolle. So zeigt auch das Beispiel der Schließung von Motorola in Flensburg überdeutlich, dass wir uns in der Wirtschaftspolitik nicht auf die internationalen Großkonzerne verlassen können. Der Fall Motorola muss daher unbedingt Konsequenzen für die Wirtschaftsförderung des Landes haben. Wir meinen, dass sich die Wirtschaftspolitik in Zukunft noch viel stärker darauf konzentrieren muss, die Gründung, den Ausbau und die Ansiedlung kleinerer und mittlerer Unternehmen zu fördern. Denn nur diese Unternehmen sind in der Region verwurzelt und wir wissen ja aus den Erfahrungen der letzten Jahre, dass gerade kleinere innovative Firmen neue Arbeitsplätze schaffen können.

Natürlich muss es in Schleswig-Holstein auch weiterhin internationale Unternehmen geben, aber die öffentliche Förderung der Ansiedlung global agierender Konzerne muss künftig viel kritischer betrachtet werden. Das erwarten wir von der Landesregierung.

Während große **Konzerne** weiterhin Arbeitsplätze abbauen, können wir erfreut feststellen, dass zugleich Tausende von Jobs wieder nach Deutschland zurückkommen. Nach einem Artikel des „Spiegel“ vor einigen Wochen ist der Grund dafür, dass sich bei der Verlagerung ins Ausland vor allem mittelständische Unternehmen völlig verkalkuliert haben. Demnach kehrt jetzt insbesondere in der Metall- und Chemiebranche jeder fünfte Betrieb wieder zurück und schafft neue Arbeitsplätze, die er damals abgeschafft hatte. Leider ergibt sich aus der Antwort auf die Große Anfrage nicht, ob dies auch für Schleswig-Holstein zutrifft. Dennoch zeigt dieses Beispiel, dass es beim **Standortwettbewerb** eben nicht nur auf die Lohnkosten ankommt, sondern dass auch Faktoren wie eine gute Ausbildung der Beschäftigten oder eine einigermaßen korruptionsfreie Verwaltung sehr wichtig sind, wenn sich Betriebe ansiedeln oder entscheiden, ob sie die Produktion ins Ausland verlagern. Dies gilt natürlich insbesondere für mittelständische Unternehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, wie wichtig es war, dass der Landtag das Tariftrueugesetz erhalten und auch auf den ÖPNV ausgeweitet hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das **Tariftrueugesetz** nützt gerade den kleineren und mittleren Unternehmen in unserer Region und sichert ihnen faire Wettbewerbschancen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Leider hat der Kollege Callsen gerade vergessen, dieses Gesetz zu erwähnen. Ich hole die Erwähnung deshalb hier

nach, zumal auch die CDU das Gesetz mitbeschlossen hat.

Im Zusammenhang mit dem Tariftrueugesetz möchte ich noch auf einen Punkt eingehen. Wir haben jetzt neue Richtlinien zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Sie resultieren daraus, dass wir neue Wertgrenzen eingeführt haben. Die Gemeinden beginnen nun, ihre alten Vergabeordnungen zu ändern. Sie orientieren sich dabei an der Vergabeordnung des Landes. Das ist gut so, denn auf diese Weise kommt man zu einem einheitlicheren und auch unbürokratischeren Verfahren. Es gibt allerdings einen kleinen Webfehler. In der alten Vergabeordnung waren das Mittelstandsförderungsgesetz und das Tariftrueugesetz als Grundlagen erwähnt. Das ist in der neuen Vergabeordnung nun nicht mehr der Fall, was dazu führt, dass sowohl hinsichtlich der - teilweise freiwilligen - Ziele, was das Mittelstandsförderungsgesetz angeht, als auch hinsichtlich der Anwendbarkeit des Tariftrueugesetzes von jeder Gemeinde gesondert Beschlüsse gefasst werden müssen.

Bei demjenigen, der es vergisst, gilt es nicht und deswegen rege ich an - ich weiß, dass dies eigentlich Verwaltungshandeln ist und nicht unbedingt dem Parlament obliegt -, dass das Ministerium darüber nachdenkt, ob man diese beiden Gesetze nicht namentlich in dieser Vergabeordnung erwähnen könnte. Denn dann hätte sich für viele Kommunen das Problem erledigt und wir würden das, was wir hier politisch beschlossen haben, in den Kommunen entsprechend wiederfinden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Reaktion der Landesregierung auf die Schließung von Motorola und die Vorschläge zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Region Flensburg sehen auf den ersten Blick vernünftig aus: Die Landesregierung bemüht sich, den hiesigen Unternehmen, den Kommunen und den Hochschulen in der Region mit großzügigen Förderzusagen entgegenzukommen. Dazu ist es positiv, dass die Berufsschullehrerausbildung an der Universität Flensburg weitergeführt wird.

Wir weisen - das ist ganz wichtig - allerdings die Kritik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Kollegen Kubicki an den Fördergeldern des Wirtschaftsministeriums für die Entwicklung eines neuen „Flens“-Bügelverschlusses zurück. Die Mitarbeiter in der Flensburger Brauerei, an der FH Flensburg und deren Kinder wissen sehr wohl, dass die öffentlich geförderte Investition in die Entwicklung eines neuen Abfüll- und Verschlusssystems die

(Lars Harms)

Existenz von Familien tatsächlich sichern kann. Es geht der Flensburger Brauerei um die Weiterentwicklung eines Alleinstellungsmerkmals, das für den Absatz und die Qualität enorm wichtig ist. Und es geht um die Verbesserung eines Verfahrens, das mit der Hochschule vor Ort entwickelt wird und das langfristig Kosten einsparen wird. Solche Innovationen sichern bestehende Arbeitsplätze und schaffen neue Beschäftigung bei einem echten Mittelständler, der ist mit der Region tief verwurzelt. Und damit ist das Geld gut angelegt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Von diesen Projekten und Zuschüssen brauchen wir also nicht weniger, sondern mehr, damit wir die positive wirtschaftliche Entwicklung gerade auch des Mittelstandes in Schleswig-Holstein weiter voranbringen können.

Nach den Wachstumswahlen der letzten zwei Jahre droht jetzt nach Angaben des Unternehmerverbandes Nord zum ersten Mal wieder eine wirtschaftliche Delle, weil die Investitionen in diesem Jahr um fast 35 % zurückgegangen sind. Gleichzeitig vermelden allerdings die Handwerkskammern Flensburg und Lübeck bei ihrer Konjunkturumfrage immer noch eine positive Grundstimmung beim Handwerk, der ja fast zu 100 % von mittelständischen Unternehmen geprägt ist.

Insbesondere im nördlichen Landesteil vermelden die **Handwerksunternehmen** besonders positive Aussichten, was sicherlich auch an dem Boom in Dänemark liegt, der dazu beigetragen hat, dass die Arbeitslosenquote im Bezirk Flensburg nachhaltig gefallen ist. Der SSW begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung in ihrer Antwort zur Großen Anfrage die Klage des Handwerks im nördlichen Landesteil relativiert, dass zu viele Arbeitnehmer in Dänemark einen Job fänden und es damit zunehmend zu einem Mangel an Fachkräften auf deutscher Seite komme. Denn wir müssen den Arbeitsmarkt als gemeinsamen Arbeitsmarkt in der Grenzregion betrachten. Nur so werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wirklich entscheidend voranbringen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das müssen auch die hiesigen Handwerksunternehmen erkennen und sie müssen ihre Personalpolitik darauf ausrichten. Das bringt mich allerdings zu einem Thema, das aus meiner Sicht in der Großen Anfrage nicht ausreichend gewürdigt wird, das aber für den Mittelstand in unserer Region von überragender Bedeutung ist: Es geht mir um die **Verbes-**

**serung der Infrastruktur**, nicht zuletzt im Landesteil Schleswig.

Der SSW hat dies bereits oft angesprochen und ich tue es auch heute: Bevor Milliarden von Geldern für ein Fehmarnbelt-Brücke verschwendet werden, muss die Landesregierung dafür sorgen, dass sie ihre Hausaufgaben in Schleswig-Holstein macht. Das heißt, wir brauchen zum Beispiel endlich den Ausbau der A 20 mit der westlichen Elbquerung und mit Anbindung an die Westküste. Wir brauchen eine ordentliche A 7 sowie viele andere Verbindungen - nicht nur im Landesteil Schleswig, sondern auch im Holsteinischen - eher als das, was wir als Großprojekt „Fehmarnbelt-Querung“ kennen.

Das sage ich nur am Rand. Denn eigentlich wollte ich Sie ja loben. Ich möchte Sie für die Kontinuität loben und deutlich sagen, dass die Weiterführung der Mittelstandspolitik der letzten Jahre ein Erfolg von uns allen ist. Auch die einzelbetriebliche Förderung macht Sinn, wenn die Weiterbildung und Beteiligung von Hochschulen einbezogen wird. Auch die erneute Priorisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist ein wichtiges Signal und daher bedanken wir uns ausdrücklich für diese sehr guten Elemente der Mittelstandspolitik und werden sie auch weiterhin unterstützen.

(Beifall bei SSW und CDU)

#### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Ich denke, die Signale, die das Präsidium erhalten hat, stehen auf Ausschussüberweisung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wirtschaftsausschuss!)

Damit ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 16/1621, an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern**

**(Vizepräsidentin Frauke Tengler)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1624

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1658

Für die Berichterstattung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen einen schriftlichen Bericht vorgelegt, der deutlich macht, dass die Landesregierung gemeinsam bemüht ist, die Situation für die Förderung von erneuerbaren Energien zu verbessern. Wir fühlen uns aufgrund der Überlegungen, dass nachhaltiges Wirtschaften speziell im Bereich der Energiepolitik eine große Rolle spielen muss, dazu verpflichtet. Insoweit verweise ich auf die gestrige Debatte zum Thema Klimaschutz.

Vor gut 15 Jahren, im Juni 1992, hat die Weltgemeinschaft auf dem UNO-Gipfel in Rio de Janeiro die **Agenda 21** verabschiedet. Im Kern verpflichtet sie uns dazu, die **Nachhaltigkeit** grundsätzlich zu einer wichtigen Aufgabe, zum obersten Prinzip unseres Handelns zu machen; es ist also gewissermaßen ein neuer kategorischer Imperativ für die Politik des 21. Jahrhunderts. Meiner Meinung nach ist danach in den folgenden 15 Jahren die Erkenntnis gewachsen, dass die vom Menschen verursachte Erderwärmung an Brisanz eher gewonnen hat.

Klar ist, dass eine **nachhaltige Umwelt- und Entwicklungspolitik** nicht von der **Wirtschaft- und Energiepolitik** getrennt werden kann. Klar ist auch, dass internationale Abkommen und Beschlüsse letztlich immer auf regionaler beziehungsweise lokaler Ebene umgesetzt werden müssen. „Think global, act local“, muss auch für die Landespolitik die Maxime sein.

Unsere Initiative zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie die Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf erneuerbare Energien, über die ich heute berichte, umfassen wichtige Punkte, die ich noch einmal kurz vorstellen will.

Zur **Windkraft**. Die Windkraft bietet enorme Potenziale; darüber ist gestern berichtet worden. Diesbezüglich möchten wir eine weitere Unterstützung für eine nachhaltige Energieversorgung vornehmen, indem wir die raumordnerischen Grundlagen für die Windenergienutzung verbessern. Konkret brauchen wir mehr Standorte für Testanlagen. Konkret

brauchen wir eine Umwidmung von Konversionsflächen, die uns besonders geeignet erscheinen. Konkret geht es darum, dass wir mehr Flexibilität bei der streng abgesicherten Gebietskulisse Platz greifen lassen.

Wir gehen davon aus, dass wir 1 % der Fläche von Schleswig-Holstein für die Gewinnung erneuerbaren Energien nutzen wollen. Das bereitet in bestimmten Flächen Schwierigkeiten, beispielsweise dort, wo es um Repowering von vielen kleinen auf wenige große Anlagen geht. Wir müssen also mehr Flexibilität walten lassen, als es bisher der Fall ist. Dazu führen wir mit dem Innenministerium Gespräche, in denen diese Fragen im Zusammenhang mit dem Raumordnungsverfahren beantwortet werden sollen. Es geht auch um das Thema Abstandserlass und seine Wirkung. Und es geht auch um den Vergleich mit Bundesregelungen in diesem Bereich.

Des Weiteren wollen wir die Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verbessern. Die Landesregierung plant konkret eine Bundesratsinitiative, um die Vergütung im Offshorebereich für die ersten 1.000 MW auf 13 ct pro Kilowattstunde anzuheben.

Wir wollen die Degression, also die jährliche Absenkung der Vergütung von 2 % für Onshore- und Offshore-Anlagen, bis zum Jahr 2015 aussetzen. Das möchten wir tun, weil das EEG ursprünglich davon ausgegangen ist, dass wir bereits heute eine große Anzahl von Offshore-Parks installiert hätten. Das ist jedoch nicht der Fall und insofern kann und darf die Degression nicht greifen. Windenergieanlagen, deren Referenzwert unter 80 % liegt, sollen überhaupt keine Vergütung mehr erhalten. Wir wollen, dass Anlagen nur dort genutzt werden, wo auch tatsächlich Wind vorhanden ist. Wir wollen die Förderung nicht übertreiben und keine Subventionierung in Flächen vornehmen, in denen sie keinen Sinn macht.

Im Bereich der **Biomassenutzung** unterstützt die Landesregierung mehr Kraft-Wärme-Kopplung, eine nachhaltige Landwirtschaft sowie einen verbesserten Zugang der Biogaseinspeisung ins Erdgasnetz. Ich erwarte weitere Impulse durch neue, innovative Projekte in Schleswig-Holstein.

Im **Wissenschafts- und Technologiebereich** sind wir bereits in die Offensive gegangen. Das ist der dritte Komplex. Ich nenne nur das Kompetenzzentrum Windenergie; ich nenne die Forschungsplattform „Neptun“, die im Sommer nächsten Jahres in Betrieb genommen wird; ich nenne das Kompetenzzentrum Biomassenutzung. Das alles sind Projekte, die uns ökologisch und ökonomisch weiter-

(Minister Dietrich Austermann)

bringen und für die Fördermittel von über 10 Millionen € gut angelegt sind.

Auch aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft können wir einzelne Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien fördern, seien es neue Kompetenzen, neue Cluster oder Regioalmanagements sowie Projekte wie die neue Messehalle in Husum. Auch das liegt im Interesse der Windwirtschaft und damit auch der Windenergie.

Wenn man dann noch die INTERREG-Programme und die anderen fachspezifischen Programme hinzunimmt, kann sich kaum jemand über mangelnde Förderung der erneuerbaren Energien beklagen.

Ich hoffe, dass auch die Bundesregierung noch eine Schippe drauflegt. Die Eckpunkte für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm, die vor kurzem beschlossen worden sind, nähren die Hoffnung auf ein Erneuerbare-Energie-Wärmegesetz. Falls die Bundesregierung dazu keinen Entwurf vorlegt, müssen wir dringend über ein Landeswärmegesetz nachdenken. Wir werden hier die Initiative ergreifen.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Mit dem vorliegenden Bericht hat sich die Landesregierung im Wesentlichen auf die Energieträger Windenergie und Bioenergie konzentriert. Weitere Aktivitäten können Sie der ebenfalls vorliegenden Antwort zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Klimaschutz entnehmen. Auch dort wird das eine oder andere ergänzend ausgeführt.

Klar ist, wir müssen weiter für erneuerbare Energien trommeln. Sie stehen im Mittelpunkt einer nachhaltigen Politik. Schleswig-Holstein wird im Bereich der erneuerbaren Energien nach wie vor ein Spitzenland bleiben und wir werden dies auch als Messestandort nach außen zeigen. Sowohl die HUSUMwind als die new energy spielen hier eine große Rolle.

Ich habe den Eindruck, dass die Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der erneuerbaren Energien Zustimmung und Anerkennung finden. Dies ist die beste Voraussetzung dafür, dass wir gemeinsam einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung leisten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Minister für seinen Bericht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Tagesordnungspunkt ist durch einen eben eingetroffenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erweitert worden. Dieser Antrag ist noch nicht aufgerufen worden. Ich hole dies jetzt nach und rufe auch den Antrag Drucksache 16/1658 zur Beratung auf.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für den antragstellenden SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dem heute uns vorliegenden Bericht kann man deutlich sehen, dass die Landesregierung immer noch kein tragfähiges Konzept hat, wie die **erneuerbaren Energien** vorangebracht werden sollen. Wahrscheinlich fehlt der Landesregierung der wirkliche Wille hierzu. Auf jeden Fall fehlen im Bericht Aussagen zu den wichtigsten Themen, die wir im Energiesektor haben.

So wird gleich am Anfang des Berichtes gesagt, dass der neue Landesentwicklungsplan für neue Planungsgrundlagen bei der **Windenergienutzung** sorgen soll. Welche neuen Grundlagen das sein sollen, wird aber nicht verraten. Bisher war es die Absicht der Landesregierung, die Planung der Windenergie auf die kommunale Ebene, sprich die Kreise, zu verlagern. Unter welchen Bedingungen dies geschehen soll, darüber schweigt sich der Bericht aus.

Wir als SSW haben schon vor Kurzem in einem Antrag deutlich gemacht, dass erst einmal die seinerzeit schon als tauglich befundenen Eignungsflächen, die von den Kommunen nicht angenommen wurden, aktiviert werden müssten. Es müsste den Kommunen erlaubt werden, diese Flächen nachzumelden, damit ohne große Planungsverzögerungen schnell neue Flächen gewonnen werden können. Außerdem haben die Verbände der Windenergie und die Betreiber angeregt, die Abstandsregelungen neu zu fassen. - Von alledem kein Wort in dem Bericht. Entweder will man hier nichts weiterentwickeln oder aber man will bewusst eine Branche aus ideologischen Gründen in der Entwicklung einschränken.

Aber eine solche Debatte steht und fällt natürlich auch mit der **Netzanbindung**. Es ist zwar löblich, dass sich die Landesregierung für eine höhere Vergütung für Windenergie einsetzen will, das Ganze macht aber nur dann Sinn, wenn man diese gewonnene Energie auch ableiten kann. Hierfür müssen insbesondere die planungsrechtlichen Grundlagen auf Bundesebene dahin gehend geändert werden,

(Lars Harms)

dass endlich wirklich eine Pflicht zur Bereitstellung von Leitungskapazitäten durch die Energiegesellschaften festgelegt wird.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig muss auch klar festgelegt werden, dass **Erdkabel** als langfristig preiswertere und natur-schonende Variante eine entsprechende Priorität im Gesetz bekommen. Deshalb sind wir für den Antrag der Grünen so dankbar. Eine Situation wie jetzt, in der ein Energieversorger blockieren kann und in der man aufgrund von Rechtsstreitigkeiten mit jahrelangen Verfahren rechnen muss, ist nicht zu akzeptieren. Aber auch hierzu kein Wort in dem Bericht.

Ebenfalls nichts hört man zur **Solarenergie**. Zwar sprießen die Anlagen wie Pilze aus dem Boden - und damit meine ich nicht die auf den Hausdächern, sondern die Solarparks -, aber trotzdem kein Wort zu den diesbezüglichen möglichen planungsrechtlichen Grundlagen.

Auch die **Biogasanlagen** tauchen im Bericht nur kurz im planungsrechtlichen Teil auf. Biogas soll demnach auch ins Erdgasnetz eingespeist werden. Das ist zwar gut so, aber eigentlich nicht Kern der Fragestellung. Vielmehr dreht sich die Fragestellung um die Auswirkungen von Biogasanlagen auf Natur und Umwelt und um ihre Auswirkungen auf den Menschen. Damit verbunden ist die Akzeptanz dieser Anlagen in den Regionen und bei den Menschen. Wer hier keine ordentliche Planung durchführt, gefährdet genau diese Akzeptanz und damit die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zweig.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist es sowohl für die Solarenergie als auch für Biogasanlagen dringend notwendig, dass wir eine landesweite Planung entsprechend der Windeignungsplanung bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Hier müssen genaue Planungsräume festgelegt werden, in denen sich diese Energieformen entwickeln können, und gleichzeitig müssen diese aber auch dort begrenzt werden, wo sie aufgrund der Konkurrenzsituation untereinander oder aufgrund von naturschutzfachlichen Bedenken nicht erwünscht sind. Von solchen Planungen sind wir aber noch weit entfernt. Auch hier hat die Landesregierung kein Konzept.

Kommen wir nun abschließend zu den **Förderbedingungen**. Die Förderquellen sind hinreichend bekannt und deshalb ist es auch in Ordnung, dass man die einzelnen Töpfe nur nennt und nicht tiefer in das Thema einsteigt. Was aber fehlt, sind die direkt zu fördernden Projekte. Wir wissen, was in der letzten Zeit alles nicht gefördert wurde. Wir wissen aber nicht, wie es in Zukunft weitergehen soll. So wissen wir, dass Husum seinen Offshore-Hafen nicht bekommt. Wir wissen aber nicht, wer dann die Versorgung auf See für die gewünschten Offshore-Windparks übernehmen soll. Gibt es Absprachen mit Dänemark im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit oder mit Niedersachsen und Bremen? Oder soll Brunsbüttel hier einspringen? Niemand weiß etwas Genaues und die Landesregierung wohl am allerwenigsten.

Und wo wir gerade in Husum sind: Es soll eine mündliche Zusage des Wirtschaftsministers geben, dass das Land den Ausbau der Messehalle in Husum zu 80% fördern wird. Allerdings gibt es noch keine schriftliche Zusage. Wann wird Husum diese bekommen und wie wird die Messehalle nun wirklich gefördert? - Auch hierzu Funkstille im Bericht. Das ist uns in jedem Fall zu wenig.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Bevor ich weiter das Wort erteile, begrüßen wir alle gemeinsam auf der Tribüne Mitglieder des CDU-Kreisverbandes aus Steinburg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen.

**Jens Magnussen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegin! Der heute vorgelegte Bericht basiert auf der Grundlage eines Antrages der Abgeordneten des SSW unter der Überschrift „Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern“, der unter der Drucksache 16/1396 eingebracht worden ist.

Der Schwerpunkt des Berichtes bezieht sich auf Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen zu **Fördermaßnahmen** zum Zwecke der langfristigen **Umstellung auf erneuerbare Energien**. Ich teile die Auffassung der Landesregierung, die raumordnerischen Grundlagen für

(Jens Magnussen)

die Windenergienutzung zu überarbeiten. Dringenden Handlungsbedarf sehe ich im Hinblick auf das Repowering. Hier müssen Hemmnisse dringend abgebaut werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich favorisiere unter anderem auch zielorientierte Einzellösungen.

Den angekündigten Einsatz, die planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen hinsichtlich der Windenergie, der erneuerbaren Energien und dem Netzausbau zu überarbeiten, begrüße ich ausdrücklich.

Die im Bericht aufgeführten Fördermaßnahmen sprechen eine deutliche Sprache und dokumentieren das Bekenntnis der Landesregierung zur Energiegewinnung aus regenerativen Energiequellen.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Ich verzichte auf die Wiederholung der Millionenbeiträge zur Förderung, die Sie dem Bericht entnehmen können. Ich bin aber davon überzeugt, dass diese gewinnbringend und zielorientiert zum Einsatz kommen werden.

Am gestrigen Tag haben wir bereits das Thema Klimaschutz behandelt. Die Einbindung des uns nun heute vorliegenden Berichtes in die Gesamtdebatte ist aus meiner Sicht unumgänglich. Um eine zielorientierte und Erfolg bringende Energiedebatte zu führen, sollten wir uns alle bei der Formulierung von Zielen und Maßnahmen ausschließlich an den Fakten orientieren und nicht Emotionen und Verunsicherung schüren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das bedeutet zum Beispiel, dass wir sehr genau darauf achten müssen, wie viel uns die Vermeidung von 1 t CO<sub>2</sub> kostet.

Wir dürfen also nicht die unwirtschaftlichen Maßnahmen in den Vordergrund stellen und dabei die hocheffizienten übersehen. Ich verweise hier auch auf einen kurzfristig eingebrachten Antrag der Grünen.

Leider nehme ich bei derartigen Debatten immer wieder wahr, dass über Ausstieg - Kernenergie - oder Verhinderung - Kohle - gesprochen wird, Handlungsparameter aber keine Rolle spielen.

Oberstes Gebot sollte für uns alle sein, begleitend das Thema **Energieeffizienz** zu forcieren. Energieeffizienz darf nicht nur eine Vokabel sein, sondern sollte gelebte Praxis werden und auch durch pädagogisches Handeln in die Schulen gebracht werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Toll!)

- Das müssen wir auch leben und es nicht nur mit Kommentaren begleiten, Herr Nabel! Nur der Weg dorthin ist weit.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr solltet euch neue Autos kaufen!)

Das Stichwort **Nachhaltigkeit**. Mit dem beschlossenen Kernenergieausstieg bis zum Jahre 2023 haben wir aus meiner Sicht zurzeit keine Optionen, uns praktikablen Lösungen, dem Bau von zukunftsfähigen Kohlekraftwerken, zu verschließen.

(Beifall der Abgeordneten Johannes Callsen [CDU], Peter Lehnert [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir alle sind gefordert, zu sensibilisieren und durch kleine Schritte **Energiereduzierungen** anzustreben, um den Prozess der Forschung zu begleiten, um einen ausgewogenen Energiemix unter Einbeziehung aller - und ich betone: aller - zurzeit vorhandenen Energieträger zur gesicherten Energieversorgung zu gewährleisten.

Den Bau von **Kohlekraftwerken** in Schleswig-Holstein zu verhindern - ich spreche insbesondere für die Interessen der Stadt Brunsbüttel in Verantwortung um die Schaffung beziehungsweise den Erhalt der Arbeitsplätze in der Unterelbe-Region - ist populistisch und ideologisch besetzt und stellt jeden Politiker - ich betone: jeden Politiker -, der die Wirtschaft auffordert, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, ins Abseits.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das klare und einstimmige Bekenntnis der Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel - bedingt durch Infrastrukturmaßnahmen immerhin der Energiestandort Nummer 1 in Schleswig-Holstein - für den Bau von Kohlekraftwerken spricht eine deutliche Sprache und dokumentiert verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik, die am Standort gelebt wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Verehrter Kollege Harms, mit großem Interesse habe ich gestern Ihre Aussage zur Kenntnis genom-

(Jens Magnussen)

men, dass Sie eine Initiative, alte Kernkraftwerke durch neue zu ersetzen, unterstützen. Brunsbüttel steht einem Neubau offen gegenüber.

(Lars Harms [SSW]: Alte durch neue Kohlekraftwerke, nicht Kernkraftwerke!)

- Das war gestern anders dargestellt; ich komme aber gern auf die Unterstützung zurück.

(Lars Harms [SSW]: Das stellen Sie anders dar!)

Herr Minister, ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern für den Bericht, dem Plenum für die Aufmerksamkeit und bitte um die Überweisung beider Anträge an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

### Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Jens Magnussen und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

### Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Bericht der Landesregierung zeigt, wie vom SSW erbeten und von uns allen im Ausschuss unterstützt, die **gesetzlichen Grundlagen** und derzeitigen **Fördermaßnahmen** zur **Umstellung auf erneuerbare Energien** auf und hierbei verweist er auch auf die Antwort auf die Große Anfrage der CDU sowie auf das Grünbuch „Schleswig-Holstein Energie 2020“.

Dass ein Umsteuern in der Energiepolitik vonnöten ist, darüber sind sich alle einig. Die Frage ist nur: Wie? Hier zeigt der Bericht einige Wege auf. Dafür bedanke ich mich beim Ministerium, auch wenn die schriftliche Berichterstattung ein bisschen blutleer wirkt, was vielleicht auch an der eingeschränkten Fragestellung liegt. Das ist schade, denn das Thema Energie ist viel zu wichtig, um es nur unter Verschiedenes zu behandeln. Wie wir mit unserer endlichen fossilen und unendlichen regenerativen Energie umgehen, ist das Kernthema der Zukunft und die Basis für die heutige und alle folgenden Generationen.

Ich möchte an dieser Stelle an die Veranstaltung der Innovationsstiftung am Mittwoch erinnern, vor allem an den Vortrag von Professor Dr. Eberhard Jochem. Er hat uns noch einmal überzeugend und eindringlich dargelegt, dass gerade das Thema **Energieeffizienz** unterschätzt wird, wenn es um Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen geht. Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass 95 % des Stroms ei-

ner herkömmlichen Glühlampe ungenutzt bleiben und nur das Klima belasten. Ähnliches gilt auch für die Motoren in den Autos, deren Kraft nur zu 20 % an der Achse ankommt.

Hier gibt es konkret viel zu tun und die Menschen zu überzeugen, dass Energieeinsparen lohnt, Energie effizienter eingesetzt werden muss - auch die regenerative - und wir weg müssen von unserer fossilen Vergangenheit hin zu einer regenerativen Energiezukunft.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir dürfen nicht nur darauf achten, dass Energie bezahlbar ist, sondern müssen auch auf die Rendite beim Energieeinsparen hinweisen und sie ins Bewusstsein rufen.

Die Energiewende wird nicht erreicht werden können, wenn wir an fossilen Energieträgern festhalten. Auch das Festhalten an der Atomkraft führt zum Festklammern an einer alten Technologie und behindert eine innovative Energiepolitik.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Regina Poersch [SPD])

Der Dreiklang aus **Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien** kann nur erfolgreich sein, wenn wir stetig und im Zusammenhang konsequent daran arbeiten und ihn überall spürbar machen. Hierbei zeigt sich, dass Länder, die sich frühzeitig gegen die Atomkraft ausgesprochen haben, in diesen Bereichen erheblich weiter sind. So liegt Dänemark zum Beispiel bei den CO<sub>2</sub>-Emissionswerten pro Kopf um etwa 9 t - circa 10 % - niedriger als Deutschland. Wir glauben auch nicht, dass die sogenannte Clean-Coal-Technologie, bei der eine CO<sub>2</sub>-Abtrennung stattfinden soll, eine sinnvolle Alternative darstellt. Erstens ist nicht damit zu rechnen, dass diese Technik vor 2020 zur Verfügung steht, und zweitens ist durch die Methode mit einem geringeren Wirkungsgrad bei den Kraftwerken zu rechnen. Es ist wesentlich sinnvoller, erst gar kein CO<sub>2</sub> zu produzieren, als es dann aufwendig abzutrennen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Regina Poersch [SPD] und Lars Harms [SSW])

Viel mehr macht es Sinn, auf Kraft-Wärme-Kopplung zu setzen. Hierbei werden wir die Landesregierung unterstützen.

Ein besonderer Akzent liegt in Schleswig-Holstein auf dem Ausbau der **Windkraft**. Hier waren wir

(Olaf Schulze)

über viele Jahre weltweit führend in der Produktion und bei der Errichtung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Moment nicht mehr!)

Unsere Produktion boomt und wird für Schleswig-Holstein immer mehr ein Job-Motor. Der Ausbau der Windenergie an Land stockt, auf dem Wasser ist leider immer noch nichts vor unseren Küsten geschehen. Es ist daher für mich der richtige Weg, den die Landesregierung bei der Senkung oder Abschaffung der heutigen Förderdegression gehen will. Das kostet Geld, aber wir brauchen mehr Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein, vor seinen Küsten und als Exportprodukt überall in der Welt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Schließlich noch unser ständiges Thema **Erdkabel** für mehr Windenergie. Hier spricht der Bericht kurze Worte:

„Die Landesregierung unterstützt den Netzausbau zur Ableitung des Stromes aus erneuerbaren Energien.“

Herr Austermann, ich bitte Sie herzlich: Setzen Sie diese Worte beim nächsten Gespräch mit dem Erdkabelverhinderer E.ON um. Unsere Windmüller, die Biomassebetreiber und ganz Schleswig-Holstein werden es Ihnen danken, wenn die neuen erforderlichen Stromtrassen nicht als Hochleitungen die Landschaft belasten, sondern in der Erde sicheren Strom für ganz Deutschland transportieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden uns dem Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung des Grünen-Antrags in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Umweltausschuss anschließen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Olaf Schulze und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Passend zu diesem Thema habe ich soeben von meinem Kollegen Ekkehard Klug erfahren, dass Al Gore der Friedensnobelpreisträger ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Damit ist die Wichtigkeit des Themas auch vom Nobelpreiskomitee entsprechend unterstrichen worden.

Meine Damen und Herren, **erneuerbare Energiequellen** sind eine wichtige Säule zukunftsgerichteter Energiepolitik - wir besprachen das bereits gestern, als es um die Große Anfrage der CDU zum Klimaschutz ging. Deshalb wiederhole ich jetzt nur die drei folgenden Aussagen:

Erstens. Schleswig-Holsteins wichtigster Beitrag zum Klimaschutz ist der Export des hier erworbenen Know-hows in der **Windkrafttechnik**.

Zweitens. Es ist gefragt, weil hier große Erfahrungen im Umgang mit dieser Technologie gesammelt wurden.

Drittens. Dies liegt daran, dass Schleswig-Holstein als Küstenland für Windkraft hervorragend geeignet ist und sich hier ein Windkraft-Cluster gebildet hat.

Das nutzt nicht nur der Welt, sondern auch uns - wirtschaftlich und beim Klimaschutz. So gewinnt Schleswig-Holstein bereits heute mehr als die Hälfte des hier verbrauchten Stromes aus erneuerbaren Energiequellen. Es liegt auf der Hand: Das Land sollte ihren Einsatz noch stärker fördern.

Ob der Beschluss des SPD-Landesparteitages, keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen zu wollen, Versorgungssicherheit herstellt und erneuerbaren Energiequellen damit einen entsprechenden Anschlag gibt und diese dadurch gefördert werden, ist allerdings fraglich, denn wir wissen ganz genau, dass wir durch die Windkraft beispielsweise die Grundlast einfach noch nicht sicherstellen können. Darauf komme ich gleich noch zurück.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Jürgen Feddersen [CDU])

Planungsrechtlich bedeutet das zweierlei: Einerseits sollte das Land Aufbau und Erprobung von Offshore-Windkraftanlagen unter den gegebenen bundes- und europarechtlichen Bedingungen so leicht wie möglich machen. Denn Offshore-Windparks bieten eine große Chance, den Anteil der erneuerbaren Energiequellen erheblich zu steigern.

Das wird aber noch ein Jahrzehnt oder länger dauern. Im Moment verzögern wohl vor allem hohe Kapital- und Materialkosten eine schnellere Entwicklung. Daran kann das Land nur wenig ändern.

Umso wichtiger ist es daher, die **Windkraftnutzung** an Land zu erleichtern. Eine Hürde für den verstärkten Einsatz der Windkraft ist sicherlich die Begrenzung der Eignungsflächen auf 1 % der Lan-



**(Günther Hildebrand)**

desfläche. Hier muss sicherlich flexibler reagiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Der Beschluss wurde schon vor Jahren gefasst.

Wenn der Einsatz erneuerbaren Energiequellen nun massiv verstärkt werden soll, um den **Klimawandel** zu bremsen, dann sollten wir die Einprozentgrenze zumindest, wie ich eben sagte, flexibel handhaben, damit neue Standorte gefunden werden können, ohne dass Bewohner bestimmter weiterer Landstriche dadurch irgendwie beeinträchtigt werden.

Eine wesentliche Maßnahme zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Windenergie ist das **Repowering**. Da müssen wir natürlich auch über entsprechende Abstandsflächen nachdenken. Denn höhere Windkraftanlagen bedeuten auch eine weitere **Beeinträchtigung**. Das ist dabei meines Erachtens zu berücksichtigen.

Eine andere Frage ist die der **Subventionierung** der Windkraft. Das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien sieht einen degressiven Abbau der Betriebsförderung von Windkraftanlagen vor. Die Landesregierung - der Herr Minister sagte es vorhin in seinen Ausführungen - strebt offensichtlich an, die Degression für mehrere Jahre auszusetzen.

Selbst in der Windkraftbranche bezweifeln allerdings einige, ob dies sinnvoll ist. So bezeichnete Fritz Vahrenholt, Vorstandsvorsitzender der REpower Systems AG, kürzlich die Degression als „Peitsche für die Ingenieure“. Damit griff er ein bekanntes Phänomen auf: Je höher der Wettbewerbsdruck für eine Branche, desto größer ist ihre Innovationsfähigkeit. Ein Beispiel dafür ist die Informationstechnik. Das Silicon Valley ist bestimmt nicht wegen Chip-Subventionen zum Zentrum der IT-Innovationen aufgestiegen, sondern vor allem wegen des dortigen **Wettbewerbs**. Den müssen wir uns auch hier erhalten.

Anders als die dauerhafte Subvention des Betriebs von Windkraftanlagen halten wir die Förderung von **Forschung und Entwicklung** für sinnvoll. Die Landesregierung sollte ihr Engagement hierbei noch verstärken. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Windkraft, sondern auch für andere erneuerbare Energiequellen, zum Beispiel für die Biomasse.

Bei der Förderung der **Biomasse** ist allerdings darauf zu achten, dass sie nur bei gleichzeitiger Nutzung der Abwärme wirtschaftlich wird. Außerdem muss der richtige Biomassemix gefunden werden, da sonst die Gefahr besteht, dass - das erleben wir in den nördlichen Landesteilen - die Nutzung der

Biomasse neue Tendenzen zu **Monokulturen** auslöst, zum Beispiel beim Maisanbau.

(Beifall bei der FDP)

Noch einmal zur Windkraft! Je mehr Windkraftanlagen am Netz sind, desto leistungsfähiger müssen zum einen die **Netze** sein. Zum anderen aber müssen derzeit hohe Reservekapazitäten in Form herkömmlicher Kraftwerke bereitgehalten werden, weil die Windkraft noch nicht ausreichend grundlastfähig ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von einem energiepolitischen Sprecher sollte man erwarten, dass er sich die Jahre hindurch informiert!)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Hildebrand ist ohnehin in Zeitnot. Lassen Sie ihn daher bitte jetzt zu Ende sprechen.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Um dies zu ändern, sollte das Land verstärkt Forschung und Entwicklung von Speichermöglichkeiten fördern, zum Beispiel bei Druckluftspeichern in Dithmarschen.

Ich bitte die Landesregierung, ihren Bericht in den Ausschussberatungen diesbezüglich zu ergänzen. Denn wenn es bei der **Speichertechnik** größere Fortschritte gibt, wird es uns umso schneller gelingen, dauerhaft einen noch höheren Teil unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt der Oberlehrer!)

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Redner in der Reihenfolge hat man die Gelegenheit, auf die Beiträge der Vorredner einzugehen.

Ich habe mich eben ein bisschen aufgeregt, Herr Kollege Hildebrand, weil Sie hier schon wieder mit der Falschaussage Politik machen wollen, dass man für die installierte Windkraftleistung dieselbe Menge an konventionell erzeugter Energie vorhalten

(Detlef Matthiessen)

müsste. Ich habe schon vor zehn Jahren in den „Energiewirtschaftlichen Tagesfragen“ - das ist weiß Gott kein grünes Kampfblatt - Artikel mit der Aussage gelesen, dass die installierte **Windkraftleistung** ein Drittel **konventioneller Leistung** verdrängt. Das war zu dem damaligen Zeitpunkt so. Aber das war mit der Prognose verbunden, dass, je höher die Anteile der Windenergie werden, der Anteil der verdrängten Leistung auf der konventionellen Seite prozentual steigt.

Nehmen Sie so etwas zur Kenntnis! Es kann nicht sein, dass in diesem Hohen Haus die energiepolitischen Fachsprecher Ihrer Fraktion über Jahre technische Falschaussagen pflegen.

(Zuruf von der CDU: Oberlehrer!)

Der Kollege Magnussen hat den Kollegen Harms offensichtlich verkehrt verstanden. Es war von Kohlekraftwerken und nicht von AKWs die Rede.

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Danke, Herr Kubicki. Ich habe so wenig Zeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schade!)

- Ich gebe Ihnen den Artikel aus den „Energiewirtschaftlichen Tagesfragen“, Herr Kollege.

Herr Magnussen, Sie haben gesagt, Sie freuten sich über einen eventuellen **Neubau eines AKW in Brunsbüttel**. Ich mache Sie in allem Ernst darauf aufmerksam, dass Sie als Abgeordneter hier auch eine Verpflichtung eingegangen sind, nämlich die Gesetze der Bundesrepublik zu beachten. Das **Gesetz** heißt Gesetz zur geordneten **Beendigung der Atomenergie**. Es gilt auch für Sie. Die Große Koalition, an der Sie wesentlich beteiligt sind, hat dieses Gesetz bis zum heutigen Tag nicht novelliert!

Dem Kollegen Harms halte ich das Motto vor: Es ist schon alles gesagt, nur nicht von jedem. Um ein Verhalten nach diesem Motto zu vermeiden, sage ich: Ich bin mit allen Aussagen in Übereinstimmung mit dem SSW, der den Antrag gestellt hat. Aber mit der Aussage, dass wir in der **Landesplanung** eine Teilfortschreibung zum Beispiel durch eine Ausweisung von Eignungsräumen und Eignungsstandorten für **Biomassenutzungsprojekte** machen sollten, habe ich Schwierigkeiten; denn damit kommen wir in Teufels Küche. Ich halte dies nicht für ein geeignetes Instrument, auch wenn ich

die Ausführungen von Herrn Hildebrand und Herrn Harms teile, dass wir bezüglich der Maisproblematik eine Grenze erreichen, die wir nicht überschreiten sollten.

Die Aussagen der Landesregierung zur Förderung der Windenergie finden wir richtig. Sie bestehen jedoch größtenteils aus Ankündigungen. Man findet oft die Worte: „Die Landesregierung unterstützt ...“ Das bedeutet in vielen Fällen, dass die Landesregierung zuschaut, und zwar tatenlos, wenn auch mit Wohlgefallen. Einmal heißt es zum Beispiel:

„Die Landesregierung unterstützt den Netzausbau zur Ableitung des Stromes aus erneuerbaren Energien.“

Das Gegenteil ist der Fall. Die Landesregierung unterstützt den **Netzbetreiber** bei seiner **Freileitungsstrategie**. Der Landesregierung sind die Interessen der großen Konzerne - die Interessen des Netzbetreibers **E.ON** - wichtiger als Landtags- und Kreistagsbeschlüsse. E.ON in München ist dem Wirtschaftsminister wichtiger als die Interessen unserer mittelständischen Wirtschaft an erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein.

Deshalb reichen wir dazu noch einmal einen Antrag ein. Danach sollen eine Verstärkung und ein Ausbau des **Erdkabels** für 110 kV verwirklicht werden. Wir wollen eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen Regel und Ausnahme. Nur ausnahmsweise soll hier noch eine Freileitung infrage kommen, zum Beispiel in einem extrem profilierten Gelände.

Zur wirtschaftliche Seite will ich jetzt wegen Zeitmangels keine weiteren Erläuterung geben.

Die anstehende Novellierung des **Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes** auf Bundesebene bietet gute Gelegenheit, dass sich die Landesregierung in die Diskussion einmisch.

Es geht um eine Überarbeitung der raumordnerischen Grundlagen der Windenergienutzung und um einen weiteren Ausbau mit Augenmaß. Auch Herr Hildebrand hat gesagt, dass man wegen der Größe der Flächen noch einmal eine neue Betrachtung anstellen sollte.

Wir gehen auf Ihr Wort von der Flexibilität ein. Wir sagen: Wir brauchen zurzeit keine **Erweiterung von Flächen**. Die Zahl von 1 % ist ein historischer Kompromiss zwischen Flächennutzungsansprüchen und den Ansprüchen der Windenergiewirtschaft. Dieses 1 Prozent ist bisher noch nicht ausgeschöpft. Manchmal mangelt es aber an 300 m<sup>2</sup>, wenn es darum geht, ob man eine Windmühle mehr oder weniger aufstellen kann. Da brau-

(Detlef Matthiessen)

chen wir mehr Flexibilität, um Flächenarondierungen und Neuzuschneide vornehmen zu können.

Die **Landesregierung** setzt im Wesentlichen auf eine **Kohlestrategie**. Damit vervielfachen wir den **CO<sub>2</sub>-Ausstoß**. Es ist unerträglich. Es wundert mich, dass die SPD dies mitmacht. Es ist vielleicht ein Fingerzeig in Ihre Richtung, dass es hierzu einen Landesparteitagsbeschluss gibt. Sie haben einem **Verkauf von Grundstücken** aus dem Besitz des Landes Schleswig-Holstein zu diesem Zweck zugestimmt. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Matthiessen. Aus gegebenem Anlass sage ich noch einmal, das Wort Lüge ist in diesem Parlament ein Unwort, das ich auch indirekt nicht hören möchte.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön. Zu einem ersten Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich das, was Herr Magnussen gesagt hat, richtigstellen will. Immerhin gehöre ich einer Partei an, die seit Ende der 60er-Jahre Atomausstiegsbeschlüsse beschlossen hat. Wenn mir hier vorgeworfen wird, ich hätte gesagt, alte AKWs sollten durch neue ersetzt werden, dann muss ich das richtigstellen. Das ist natürlich nicht so.

Gestern in meiner Rede hatte ich ganz deutlich gesagt, dass man am **Atomausstieg** festhalten soll. Ich habe dann gesagt, man kann neue **Kohlekraftwerke** bauen, wenn man dadurch alte ersetzt, wenn also gute **neue Technologie** alte Technologie ersetzt. Darauf lege ich sehr großen Wert.

Lieber Kollege Magnussen, ich habe dann im Übrigen noch einmal deutlich gemacht, dass ich mir für ein solches Kohlekraftwerk, das alte Kraftwerke ersetzt, einen idealen Standort vorstellen könnte; und das ist **Brunsbüttel**. Insofern sollten Sie sehr daran interessiert sein, dass wir dies gemeinsam voranbringen, wenn dabei vielleicht herauskommt, dass es bei Ihnen im Wahlkreis entsteht. Das war das eine.

Zweitens. Der Kollege Matthiessen sagte, **Planungen** im Bereich **Biogas** seien vielleicht nicht so prickelnd. Es mag sein, dass die Zeit abgefahren ist.

Ich habe hier gesagt, dass es mir sehr lieb wäre, wenn wir eine Biogasplanung hinkriegen würden, und zwar aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, die ich vor meiner eigenen Haustür mache. Auf Eiderstedt wird gepflügt, was das Zeug hält. Ich fahre jeden Tag durch die ETS-Region nach Kiel. Da wird gepflügt, was das Zeug hält. Das kann man so laufen lassen. Man kann sich aber auch Gedanken darüber machen, ob man dort in irgendeiner Form planend eingreift. Ich bin der Meinung, dass man in irgendeiner Form eingreifen muss, weil sich die Landwirtschaft damit selber kaputt macht, wenn man die Entwicklung so weiterlaufen lässt, wie sie jetzt läuft.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

- Lieber Kollege Ehlers, deshalb bin ich daran interessiert, dass wir eine Planung haben. Vielleicht ist das auch ein Unterschied zum Kollegen Matthiessen. Ich möchte aber doch darum bitten, dass man dann sagt, wie man es sonst machen soll. Ich habe gar nichts dagegen, wenn jemand eine bessere Idee hat als ich. Meine derzeitige Idee ist die: Guckt euch an, wie wir das mit der Windenergie gemacht haben. Lasst es uns dann so machen. Ich sehe, dass der Herr Minister immer noch schreibt. Ich vermute, er wird gleich noch Stellung nehmen wollen. Wenn er das tun sollte, würde ich mich als Husumer darüber freuen, wenn er in einem Halbsatz etwas zu der 80-prozentigen Förderung der Messehalle sagen würde. Dann hätten wir dieses Thema gleich abgearbeitet.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Harms. - Ihre Vermutung ist richtig. Zunächst aber erteile ich zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine ganz kleine unpolitische Anmerkung machen, die mir jedoch sehr wichtig ist. Kollege Schulze, zu den **Windkraftausbauplänen**, die wir schon einmal behandelt hatten: Sie wissen, dass die Bundesregierung im letzten **Umweltbericht** davon gesprochen hat, bis zum Jahr 2020 **Offshore-Windkraftanlagen** mit 20.000 MW Leistung zu bauen. Diese 20.000 MW wurden von der Bundesregierung bereits auf 10.000 MW zurückgeschraubt. Herr Minister, als wir das Symposium im „Kieler Kaufmann“ hatten, an dem Sie auch teilge-

(Manfred Ritzek)

nommen haben, haben die drei Produzenten gesagt, auch diese 10.000 MW seien eine Höchstgrenze. Warum ist das so? Das liegt nicht an den Zementpreisen, an den Stahlpreisen oder an etwas Ähnlichem. Das liegt an der starken **internationalen Nachfrage** nach Windkraftanlagen im **Onshore-Bereich**. Es gibt von deren Seite zurzeit gar nicht die Notwendigkeit, Offshore zu gehen, weil es eine so große Nachfrage gibt, dass mit der Produktion nicht nachgekommen werden kann.

Zum Thema Fördermaßnahmen und Erstellung eines Angebots **regenerativer Energien** halte ich das Folgende für sehr wichtig, was auch in dem Bericht steht:

„Neben den Hochschulen und den privaten Forschungseinrichtungen soll insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen Schleswig-Holsteins die Möglichkeit geboten werden, Verfahren und Einzelprodukte zu testen und weiterzuentwickeln.“

Auch mit Bezug auf das vorangegangene Thema **Mittelstand** halte ich es für ungeheuer wichtig, dass wir unseren Mittelständlern diese Fördermaßnahmen zugutekommen lassen, um neue Technologien und neue Produktionsprozesse zur Herstellung von regenerativen Energien zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur als Angebot in unserem Land Schleswig-Holstein, sondern auch als technologische Errungenschaft unseres Landes und als **Exportgut**; genauso wie wir es im Bereich der Windkraft machen.

(Beifall bei der CDU)

Von den fast 4 Milliarden € Jahresumsatz im Bereich der Windkraft entfallen bereits heute 70 % auf den Export. Das wünsche ich mir im Bereich der zu exportierenden Technologien auch bezogen auf die Förderung aller anderen regenerativen Energietechnologien.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wollte das, was der Kollege Manfred Ritzek ausgeführt hat, ergänzen. Wir haben hohe Kupferpreise, wir haben hohe Stahlpreise und dadurch haben wir eine andere Situation der Fertigungskosten. Hinzu kommt ein Engpass im Bereich der Getriebe. Hinzu kommt weiterhin, dass man auf der Schwelle

hin zur industriellen Fertigungsweise steht. Wir kommen aus einer manufakturähnlichen Fertigung immer mehr in industrielle Verhältnisse. Wer sich die Autostadt Wolfsburg angeguckt hat, der weiß, was ich meine. Gleiches kann man vorausdenkend auch für die Windenergie annehmen. Die Stahl- und Kupferpreise sind objektiv nicht beiseitezudrücken. Diese wirken sich beispielsweise noch stärker aus, wenn man ein Kohlekraftwerk oder Ähnliches bestellt. Dort gibt es noch größere Engpässe als im Bereich der Windenergie.

Wir sagen, dass es deshalb richtig ist, was der Minister in seinem Bericht angekündigt hat, nämlich dass sich die Landesregierung für eine **Abschaffung der Degression**, die das EEG fortsetzt, und für ein neues Nachdenken über eine **Vergütungshöhe** einsetzt. Gleiches gilt auch für die Vergütungshöhe im Onshore-Bereich. Das muss nüchtern geprüft werden. Das **Gesetz** ist ein freundliches Gesetz, denn es beinhaltet eine **Berichtspflicht**. Es soll von der Bundesregierung regelmäßig berichtet werden, ob die Förderung angemessen ist und ob das Ziel des Gesetzes erreicht wird. Dadurch haben wir auch regelmäßige Nachnovellierungen des Gesetzes. Hier könnte sich so manches Gesetz eine Scheibe abschneiden.

Meine Damen und Herren, die Frau Präsidentin hat noch etwas zu dem Wort Lüge gesagt, das ich in den Mund genommen habe und das nicht ganz parlamentarisch ist. Ich glaube, ich habe das aber nicht an einen Kollegen adressiert und jemanden als Lügner bezeichnet. Ich habe gesagt, es gibt durch die Historie der Diskussion hindurchziehende Lügen. Ich ersetze das Wort selbstverständlich durch das Wort Unwahrheit und möchte noch einmal betonen, dass ich einen Kollegen hier nie persönlich herabsetzen oder angreifen will oder ihn als einen Doofmann oder vom anderen Stern bezeichnen will. Davon bin ich weit entfernt. Das wollte ich noch einmal als persönliche Bemerkung anfügen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Nun hat Herr Wirtschaftsminister Dietrich Austermann das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich unterscheide mich vielleicht von dem einen oder anderen ganz links von mir, aber ich versuche, mich an dem Thema zu orientieren, das wir auf der

(Minister Dietrich Austermann)

Tagesordnung haben. Das Thema lautet: Initiativen zur planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlage sowie Fördermaßnahmen und so weiter. Ich habe mich zu den planungsrechtlichen und zu den gesetzlichen Maßnahmen geäußert.

Die **planungsrechtlichen Maßnahmen** sind die Änderung des **Raumordnungsverfahrens**. Ich darf Ihnen die Gemengelage erklären: Es gibt in Schleswig-Holstein einen Abstandserlass, der unter Rot-Grün gemacht worden ist. Dieser **Abstandserlass** bedingt eine wesentlich engere Regelung als die gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene. Wir reden jetzt mit dem Innenministerium über die Frage, ob wir hier zu einer Anpassung an die Bundesregelung kommen. Sie sagen jetzt, wir sollen sie abschaffen. Das wurde aber in Ihrer Zeit gemacht. Jetzt tun Sie doch nicht so, als ob wir uns nicht schnell genug einigen würden. Sie müssen der Regierung auch gelegentlich Zeit lassen, vernünftige Entscheidungen zu treffen, weil es sonst im ländlichen Bereich zu viele Klagen dahin gehend gibt, dass man auf nachbarschaftliche Belange keine Rücksicht nimmt und dass man naturschutzrechtliche Belange nicht berücksichtigt.

Das ist ein feines Gebilde, das behutsam angepasst werden muss. Deswegen sagen wir: Wir wollen hier mehr Flexibilität erreichen. Mehr können wir im Moment nicht sagen, weil das zwischen den Ministerien miteinander ausgehandelt werden muss.

(Beifall)

Als zweiter Bereich wurde das Thema **gesetzliche Änderungen** angesprochen. Es wurde behauptet, wir täten nichts im Bereich der Sonnenenergie und so weiter. Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** sollte man sich einmal ins Gedächtnis rufen. Wind, Sonne, Biomasse, Erdgas und weiß ich was alles, es umfasst die gesamte Palette erneuerbarer Energien. Wenn wir uns dafür einsetzen, dass es geändert wird, heißt das, dass wir grundsätzlich das gesamte Gesetz auf den Prüfstand stellen wollen.

Was die **Förderung** betrifft, habe ich zum **Offshore-Bereich** etwas gesagt. Jetzt wird uns vorgeworfen, wir täten nicht genug. Wir waren im Bereich der **Windenergie** in der Vergangenheit bundesweit führend. Jetzt stoßen wir an die Grenze der 1%-Fläche. 75 % sind inzwischen ausgeschöpft. Die restlichen 25 % können deshalb nicht ausgeschöpft werden, weil es Probleme im Abstandsbereich gibt.

**Niedersachsen** hat uns überholt, weil es wesentlich mehr Fläche hat. Wenn man die Größe des Landes berücksichtigt, sind wir nach wie vor Spitzenreiter im Bereich der Windenergie. Wir werden das auch bleiben. Wenn unsere Prognose lautet, dass wir aus

2.500 MW Windenergie zurzeit 7.500 MW machen, also eine Verdreifachung, zeigt das, dass wir in Schleswig-Holstein sehr ehrgeizige Pläne haben. Das ist Repowering, Offshore und der Bestand, den wir in diesem Bereich zurzeit haben.

Eine dritte Anmerkung möchte ich zum Thema **Erdkabel** machen. Sie haben anderen vorgeworfen, dass Sie sich nicht an der Wahrheit orientierten. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, wie die Lage ist. Es liegt die **Genehmigung** für ein Erdkabel vor. Jetzt hat derjenige, der das Erdkabel bauen möchte, einen zweiten Antrag im Hinterkopf, in dem er sagt: Ich mache 50 cm daneben ein neues. Dafür führen wir dann ein Planfeststellungsverfahren durch. Wenn wir das Planfeststellungsverfahren durchgeführt haben, kriegt er dieses zweite Kabel bezahlt.

Sie alle wissen, dass wir **Planfeststellungsverfahren** nur dann durchführen dürfen, wenn es einen rechtlichen Grund dafür gibt. Wenn aber 50 cm oder 1 m weiter - ich will mich da jetzt nicht so genau festlegen - eine Erdkabelgenehmigung da ist, können wir für ein weiteres Erdkabel kein Planfeststellungsverfahren rechtlich begründen. Das geht nicht, tut mir leid. Insofern gehen ihre Vorwürfe völlig ins Leere. Es liegt die Genehmigung für ein Erdkabel vor.

(Beifall bei der CDU)

Letzte Anmerkung! Herr Harms, Sie haben nach der **Förderung der Messehalle Husum** gefragt - bis heute liegt da kein Antrag vor. Ich kann erst dann einen Zuschuss gewähren, wenn jemand einen Antrag gestellt hat.

Wir haben eine Machbarkeitsstudie finanziert. Die **Machbarkeitsstudie** hat erwiesen, dass das Ganze vernünftig ist. Jetzt muss die Ratsversammlung der Stadt Husum einen entsprechenden Beschluss fassen, einen Antrag stellen, dann - davon können Sie ausgehen - werden wir das Vorhaben, wie ich es auch den Vertretern der Stadt gesagt habe, fördern, mit dem Satz, den Sie eben genannt haben. Auch dieses Vorhaben ist auf einem guten Weg.

(Beifall bei CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Zusammenfassend darf ich feststellen: Es gibt eine große Zahl von Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf erneuerbare Energien. Genau das war das Thema.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister. - Ich weise das Parlament pflichtgemäß darauf hin, dass die Rede des Ministers Ihnen eine erneute Redezeit von viereinhalb Minuten bietet. Will davon jemand Gebrauch machen? - Das ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich gehe davon aus, dass wir Antrag und Bericht überweisen. Gibt es Bedenken dagegen, dass ich über die gemeinsame Überweisung abstimme? - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1658 und den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1624, federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umweltausschuss - im Falle des Berichts zur abschließenden Beratung - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Herausforderungen des demografischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein annehmen**

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/1627

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich verändern. Die **Studie „Schleswig-Holstein im demografischen Wandel“** kommt zu dem Ergebnis, dass ab dem Jahr 2011 nicht nur immer weniger Menschen in Schleswig-Holstein leben, sondern die Menschen auch immer älter werden. Im Jahr 2020 werden bereits rund 30 % aller Einwohnerinnen und Einwohner 60 Jahre und älter sein. Die erwarteten **Einwohnerrückgänge** werden sich in den Regionen des Landes sehr unterschiedlich niederschlagen: Während es Regionen und Kreise geben wird, die weiterhin Einwohnerzuwächse zu verzeichnen haben werden, ist in manchen Regionen mit sinkenden Einwohnerzahlen zu rechnen.

Diese Entwicklung wird insgesamt große Herausforderungen an das Land, aber auch an die Kommunen stellen. Sie hat aber auch **Folgen für die Wirt-**

**schaftsentwicklung.** Die Bindung qualifizierter Fachkräfte an eine Region wird in Zukunft immer stärker zu einem Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Denn es hängt auch das Potenzial für Betriebsnachfolgen und Existenzgründungen stark von der Bindungskraft für junge Menschen ab.

Weniger Einwohner, das heißt in manchen Regionen auch weniger Kaufkraft, wovon besonders **Wirtschaftsbranchen** wie Einzelhandel, Gastronomie oder Handwerk betroffen sein dürften. Die Betriebe können darüber hinaus nicht nur durch Fachkräftemangel betroffen sein, sondern müssen sich auch mit einem veränderten Konsumentenverhalten und neuen Kundenpotenzialen auseinandersetzen.

Ich freue mich, dass die Landesregierung mit ihrer Studie nicht nur die Situation analysiert hat, sondern auf den verschiedenen Handlungsfeldern bereits Maßnahmen ergriffen hat, um die Rahmenbedingungen zur Bewältigung des demografischen Wandels zu gestalten und Chancen zu nutzen. Auch die IHK Nord hat Positionen für den demografischen Wandel vorgelegt, für den norddeutschen Raum, die eine gute Grundlage für weitere Maßnahmen sind.

Ziel muss es sein, das **Arbeitskräftepotenzial** mittel- und langfristig zu erhöhen, zum einen durch eine Beschäftigungspolitik, die einen besonderen Fokus auf ältere und erfahrene Beschäftigte legt und denen sich das Arbeitsministerium mit Modellprojekten wie etwa „50plus“ widmet. Zu loben ist in diesem Zusammenhang - Sie werden es in der Zeitung gesehen haben - auch die Initiative „Arbeit mit Erfahrung“ der Landesregierung mit Partnern aus der Wirtschaft.

Für die Jüngeren sind es die im Rahmen des Bündnisses für Ausbildung vom Wirtschaftsministerium auf den Weg gebrachten Regelungen, um die Qualifizierung Jugendlicher zu verbessern. Ich denke hier an die neue Möglichkeit der „Ausbildung in Teilzeit“ und die Initiative „Familienfreundlicher Betrieb“, die dazu beiträgt, die Vereinbarkeit von familiären Aufgaben und Berufstätigkeit zu verbessern und damit eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote zu fördern. Auch flexiblere Regelungen auf dem **Arbeitsmarkt** können dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Wir haben schon heute Morgen darüber gesprochen: Die Förderung von **Existenzgründungen** findet in Schleswig-Holstein bereits auf hohem Niveau statt. Gerade für junge und kleine Betriebe

(Johannes Callsen)

wurde in den letzten Monaten das Finanzierungsinstrumentarium deutlich verbessert. Dies kann - verbunden mit einer noch besseren Ausrichtung des Technologietransfers - dazu beitragen, mehr junge Menschen als innovative Existenzgründer und qualifizierte Fachkräfte in Schleswig-Holstein zu halten.

Ich will daran anschließen: Wir haben gestern bei uns in der Fraktion ein Gespräch zu dem Thema Ingenieurmangel geführt. Da ist uns deutlich gemacht worden, welches **Fachkräftepotenzial** im Bereich der Ingenieure in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein fehlen wird und dass es großer Anstrengungen, auch vermehrter Beratungs- und Koordinierungsangebote bedarf, um hier für Schleswig-Holstein Akzente für die Zukunft zu setzen, um junge Menschen in Schleswig-Holstein zu halten und Fachkräfte in den nächsten Jahren nach Schleswig-Holstein zu holen.

(Beifall bei der CDU)

Bei zunehmender **Alterung** der Gesellschaft - und zum Glück dürfen wir erwarten, dass wir alle älter werden - werden sich auch die **Verbraucherneigungen** verändern. Hiervon profitieren dürfte insbesondere die Gesundheitswirtschaft, weil Fragen der Gesundheitsprävention - für einige auch Fragen von Wellness und Schönheit - immer stärker im Vordergrund stehen. Wir intensivieren das Engagement des Landes im Bereich Life Science, etwa durch ein neues Fraunhofer-Institut in Lübeck. Mit einem größeren Anteil älterer Menschen, die über mehr Freizeit verfügen und diese anspruchsvoll gestalten wollen und können, dürfte auch unserem Kulturangebot in Schleswig-Holstein eine höhere Bedeutung zukommen, die es zu nutzen gilt, auch als wichtiger Faktor für den Tourismus. Diesem Ansatz wird auch das neue Tourismuskonzept des Landes gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es gibt in diesem Bereich viel Handlungsbedarf. Wir werden die Landesregierung darin unterstützen, auf den verschiedenen Handlungsfeldern die Chancen zu nutzen und die richtigen Antworten auf die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein zu finden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Callsen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Bernd Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Statistische Amt hat eine Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein erstellt. Danach werden bis 2020 in Schleswig-Holstein 2,8 Millionen Menschen leben - in etwa so viele wie heute. Erst nach 2020 wird die Einwohnerzahl deutlich unter das Niveau von heute sinken.

Bedeutender als die Entwicklung der **Einwohnerzahlen** werden aber die **Altersstrukturveränderungen** sein. 2020 werden in Schleswig-Holstein rund 850.000 Menschen leben, die älter als 60 Jahre sind. Das sind rund 130.000 Menschen mehr als heute. Gleichzeitig wird bis 2020 die Zahl jüngerer Menschen unter 20 Jahre um rund 100.000 zurückgehen. Aus der Alterung der Bevölkerung resultiert ein deutlicher Anstieg der Zahl der Haushalte im Land.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit mit einem Vorurteil aufräumen. Es wird immer wieder behauptet, von allen Staaten Europas sei die **Geburtenrate** in Deutschland am niedrigsten. Das ist nachweisbar falsch. Im Vatikanstaat ist sie noch niedriger.

(Heiterkeit)

Im Ernst: Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen, vor der unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft stehen. Er verstärkt den **Fachkräftemangel**, der sich heute schon bemerkbar macht. Nach einer Untersuchung des Institutes für Betriebswirtschaftslehre an der Uni Kiel weist Schleswig-Holstein im Bereich der Verfügbarkeit von Fachkräften schon jetzt Defizite auf, was sich bereits negativ auf Standortentscheidungen von Unternehmen auswirkt. Die demografische Entwicklung droht langfristig den derzeitigen Fachkräftemangel noch zu verschärfen.

Wir müssen ältere Beschäftigte im Erwerbsleben halten und jüngere Erwerbstätige in das Erwerbsleben integrieren. Unternehmen erkennen, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein echter Gewinn sind, wenn es um Fachwissen - Herr Arp, auch in Parteien -, ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen bei Problemlösungen geht. Betriebe sind dabei auf ältere und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Und junge Menschen leben schon jetzt mit dem Wissen, dass sie voraussichtlich häufiger in ihrem Berufsleben Wandel vollziehen müssen, angefangen bei der lebenslangen Weiterbildung bis hin zu Berufswechseln.

Der demografische Wandel bietet für Schleswig-Holstein nicht nur Risiken, sondern auch ganz be-

(Bernd Schröder)

sondere Chancen. Nach den vorliegenden Prognosen wird die ältere Bevölkerungsstruktur zu einer höheren **Nachfrage nach Dienstleistungen** in den Sektoren Gesundheit, Pflege, Wellness, Tourismus und Freizeit führen. Hier hat unser Land eindeutig Wettbewerbsvorteile, die es zu nutzen gilt. Diese Bereiche müssen weiter gezielt gefördert und noch stärker auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden.

Neue Angebote im **Gesundheits- und Wellness-Bereich** oder im **Kulturtourismus** sind hier eindeutig der richtige Weg. Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft im Land, insbesondere mit den Tourismusangebietern, Ideen entwickeln, die unsere kleinen und mittleren Betriebe bei der Gestaltung von Angeboten für diese wachsende Zielgruppe unterstützen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** setzen wir weiterhin auf **Qualifizierung**, ob in der beruflichen Erstausbildung oder in der Weiterbildung. Qualifizierung der Beschäftigten und der Jugendlichen müssen ausgeweitet werden. Das Bündnis für Ausbildung sowie das Weiterbildungskonzept tragen dem bei und im Land bereits weitgehend Rechnung. Dazu gehören auch intensivere Fort- und Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unterstützungsangebote für erwerbstätige Mütter und Väter sowie neue **Arbeitszeitmodelle**.

Gezielte Investitionen in die Entwicklung und den Erhalt der individuellen Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden künftig für Betriebe ebenso wie für Beschäftigte attraktiver und wichtig sein.

Wir nehmen gemeinsam die Herausforderungen des demografischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein an. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag von CDU und SPD.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Bernd Schröder. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen von CDU und SPD beantragen zunächst die Feststellung, dass die demografische Entwicklung unser Land vor große Herausforderungen stellt, die auch die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume beeinflussen werden. Ich denke,

auch ohne einen solchen Beschluss werden die hier angesprochenen Tatsachen ihre Wirkung und ihre Bedeutung in den kommenden Jahren entfalten.

Ebenfalls außer Frage steht, dass das Angebot an Arbeitskräften in einer Region ein wichtig Standortfaktor ist, der unternehmerische Investitionsentscheidungen beeinflusst. Auch hierzu ist deshalb ein Beschluss des Landtages nicht unbedingt nötig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was festgestellt würde, würde seine Wirksamkeit auch ohne einen solchen Beschluss für die vor uns liegende Zeit entfalten.

Fragen wir uns also, mit welchen Anregungen in der Sache die regierungstragenden Fraktionen uns bei dem Thema „Bewältigung des demografischen Wandels“ weiterbringen wollen, so kann man auf die Bitten an die Landesregierung verweisen, sie möge erstens im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch die Unternehmen im Land bei der Bewältigung der **Folgen der Bevölkerungsentwicklung** unterstützen - sehr gut! - und zweitens die Chancen der Bevölkerungsentwicklung für Schleswig-Holstein nutzen - ausgezeichnet! Insoweit können wir den Antrag aus unserer Sicht heute ohne Probleme in der Sache beschließen.

Allerdings hoffe ich, dass die Landesregierung all dies, was in dieser Vorlage angesprochen ist, schon längst tut oder wenigstens entsprechende Maßnahmen plant und vorbereitet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Überweisung des Antrages an einen oder mehrere Ausschüsse erscheint uns nur dann als sinnvoll, wenn die Landesregierung dort über konkrete Maßnahmen und Pläne berichten könnte,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

also - mit anderen Worten -: ein bisschen mehr Butter bei die Fische bringen könnte, wie man bei uns im Norden zu sagen pflegt.

(Beifall bei der FDP)

Dazu können wir Sie allerdings heute schon auffordern und den Antrag entsprechend umformulieren oder zumindest umdeuten.

Heute Morgen haben wir ausführlich - ich verweise auf die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden, Wolfgang Kubicki - über die Aussichten des **Mittelstandes** in Schleswig-Holstein debattiert. Die alternde und schrumpfende Bevölkerung zwingt den Mittelstand, sich auf vielerlei Art anzupassen. Dies wird



(Dr. Ekkehard Klug)

den **Unternehmen** umso leichter fallen, je größer ihre Spielräume sind, neue Wege gehen zu dürfen. Deshalb gilt auch für die Bewältigung der Folgen der Bevölkerungsentwicklung, dass die Wirtschaftspolitik den Unternehmen bessere **Rahmenbedingungen** bieten muss, damit der Raum für unternehmerische Dynamik so groß wie möglich wird.

Ein bundespolitisches Beispiel: Zurzeit wird darüber diskutiert, ob die Auszahlungsdauer des **Arbeitslosengeldes I** für ältere Arbeitslose wieder verlängert werden soll - sehen wir einmal von den damit verbundenen parteipolitischen Selbstfindungsprozessen ab.

Die lange Zahldauer des Arbeitslosengeldes I hat die Dynamik des Arbeitsmarktes verringert, weil viele ältere Arbeitslose weniger intensiv nach einer neuen Beschäftigung gesucht haben. Gleichzeitig führten die großzügigen Möglichkeiten, frühzeitig in den Ruhestand einzutreten, dazu, dass ältere Arbeitnehmer in der Vergangenheit systematisch aus dem Arbeitsmarkt verdrängt worden sind.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind wesentliche Ursachen dafür, dass die Beschäftigungsquote älterer Menschen in Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrig ist.

Je länger ein Mensch arbeitslos ist, desto schwieriger ist die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt. Für viele ältere Menschen ist es noch schwieriger. Die Verlängerung der Auszahlungsdauer des ALG I für **ältere Arbeitslose** würde die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit älterer Menschen wieder verlängern und so die **Dynamik des Arbeitsmarktes** verringern, und zwar in einem Segment des Arbeitsmarktes, das für die Bewältigung der Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ganz besonders wichtig ist.

Von daher weist der Vorschlag, älteren Arbeitslosen das Arbeitslosengeld wieder länger auszuzahlen, mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in die falsche Richtung.

(Beifall bei FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ob andere Gründe bei der Entscheidung über diesen Vorschlag letztlich mehr wiegen, ändert daran im Zweifelsfall nichts.

Ich komme zum Schluss. Die Bevölkerungsentwicklung wird uns schon in wenigen Jahren vor sehr große Herausforderungen stellen. Ja, das ist wahr. Je früher wir nicht nur mit Berichtsanträgen,

sondern auch mit politischen Entscheidungen für größere wirtschaftliche Dynamik sorgen, desto besser werden wir diese Herausforderungen bewältigen können.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An die Adresse der Antragsteller kann ich jetzt nur „Guten Morgen“ sagen. Was will uns dieser Antrag sagen? Haben Sie in den letzten zehn Jahren geschlafen? Die rot-grüne Landesregierung hat sich schon in den frühen 90er-Jahren - im Gegensatz zu den Regierungen anderer Bundesländer - mit dem demografischen Wandel auseinandergesetzt und die Erarbeitung von Prognosen für unser Bundesland bei der Universität Mainz in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse diskutierte die Ministerpräsidentin wiederholt persönlich mit einer großen Fachöffentlichkeit, wobei auch die Wirtschaft eingeladen war und sich sogar beteiligte. Ein Ergebnis dieser Initiative ist die Profilschärfung Schleswig-Holsteins als Gesundheits- und Tourismusstandort und die Förderung entsprechender Forschungs- und Entwicklungspotenziale im Bereich Life Science. Last, but not least pflegt Schleswig-Holstein mit dem Schleswig-Holstein Musik Festival und anderen Kulturangeboten beachtete und bewusst generationenübergreifend angelegte Ereignisse, die von der Wirtschaft gesponsert werden. Viele Unternehmen haben längst das wirtschaftliche Potenzial der Kultur gerade auch im Hinblick auf den demografischen Wandel erkannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollte der Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Austermann von diesem Weg abweichen, sodass er solche Appelle aus den Reihen der Koalitionsfraktionen braucht?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gerade gestern eine lebhafte Debatte darüber geführt, dass unser Flaggschiff im Bereich des **Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein** ins Schlingern geraten ist, und zwar dank des Kurses des Wirtschaftsministers. Ich fürchte aber, solch ein

(Angelika Birk)

allgemeiner Appell, wie Sie ihn hier gerade formuliert haben, wird den Kurs allein nicht richten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema **demografischer Wandel und Wirtschaft** haben uns in den letzten Jahren sowohl der Landesseniorenrat als auch das Altenparlament immer wieder mit sehr konkreten Forderungen konfrontiert. Von diesen sehr konkreten Forderungen finde ich hier nichts. Ich bin zum Beispiel sehr dankbar, dass die Fachhochschule in Heide den Impuls aufgegriffen hat, den Studiengang Tourismus auch mehr auf die **ältere Generation** auszurichten. Das war ein sehr konkretes Anliegen des Altenparlaments. Es gibt jetzt erste zaghafte Versuche der Fachhochschule in dieser Richtung. Solche Ansätze haben schon längst Auswirkungen in der Tourismuswirtschaft. Solche Ansätze müssen natürlich weiter erforscht und befördert werden, damit nicht ein Einheitsbrei entsteht, sondern sich die Vielfalt der Tourismusangebote für die ältere Generation tatsächlich weiterentwickelt.

Es gibt auch im Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Gebäudeinfrastruktur und im Bereich der Siedlungsentwicklung sehr konkrete Defizite. Die aktive Politik der Gemeinden - zum Teil auch mit EU-Geldern gefördert - konterkariert eine nachhaltige Landesplanung und eine Siedlungsentwicklung, die auf die demografischen Fakten Rücksicht nimmt. Auch im Hinblick auf diesen Bereich vermisse ich Ihre konkreten Anregungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Anregungen sollten sich an die Adresse des Verkehrsministers richten.

Als Politikerinnen und Politiker im Land und in den Kommunen haben wir die Aufgabe, mit gutem Beispiel voranzugehen und dabei auch gezielt **Defizite** aufzuarbeiten. Dabei sollte vor allem die Wirtschaftsförderung nicht verkleckert werden. Sie sollte sich vielmehr gezielt auf solche Projekte beziehen, die nachhaltig die demografischen Fakten zur Kenntnis nehmen und auf diesem Potenzial aufbauen. Es sollte nicht länger so sein, dass in jedem **Dorf** die jungen Familien mit großen **Siedlungspotenzialen** angelockt werden und dass Gewerbegebiete mit wiederum großen Straßenprojekten nur so sprießen. Man wundert sich dann, wenn die Wasserleitungen sich in 10 oder 15 Jahren nicht mehr füllen, weil nicht genügend Leute vorhanden sind, um die entsprechenden Wassermengen abzunehmen. Man braucht sich dann auch nicht zu wundern, wenn Häuser in Randlagen nicht mehr zu verkaufen sind oder die Gewerbegebiete gewissermaßen wieder zur Wiese werden. Das sind die Fakten,

die wir als Landespolitiker zur Kenntnis nehmen müssen. Gerade wenn es darum geht, im Wahlkreis zu wirken, heißt es auf diese Aspekte Rücksicht zu nehmen.

Wenn Ihr Appell sich auch an die eigenen Reihen in der Großen Koalition richtet, soll es mir recht sein. Wir werden diesen Antrag natürlich unterstützen. Man kann ihn in dieser Allgemeinheit ja gar nicht ablehnen. Insofern spricht nichts gegen den Antrag. Ich glaube aber, er allein wird nicht weiterhelfen. Wir werden auf dieses Thema zurückkommen und dabei präzise und gezielt konkrete Anliegen vortragen, wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Angelika Birk. - Für den SSW im Landtag hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schaut man sich die Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit und deren Fortschreibung in die Zukunft an, so zeigt sich mit aller Vehemenz, dass die Menschen in Deutschland immer älter werden und die Zahl der Kinder kontinuierlich abnimmt. Bis zum **Jahr 2030** wird sich die **Bevölkerungszahl** von heute 81,6 Millionen auf 74,7 Millionen verringert haben, wenn nicht etwas geschieht. Aus den niedrigen Geburtenraten über 30 Jahre hinweg resultiert auch, dass die Bevölkerung immer älter wird. Während das **Durchschnittsalter** der Bevölkerung 2005 41 Jahre betrug, wird es im Jahre 2030 51 Jahre betragen. In Unternehmen liegt das Durchschnittsalter derzeit bei 43 Jahren; 2030 soll es 53 Jahre betragen. Gleichzeitig erhöht sich der Anteil derer, die über 60 Jahre alt sind. Derzeit sind es 24,8 % der Bevölkerung. Im Jahr 2020 werden es 29,5 % sein. Bis 2030 steigt der Anteil der über 60-Jährigen auf 35,4 % der Gesamtbevölkerung, wenn nicht gehandelt wird. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Sie bringen Chancen und Risiken mit sich.

Diese Entwicklung wird weitreichende Folgen für die Produkt-, Kapital-, Immobilien- und Dienstleistungsmärkte haben. Sie wird ebenso Auswirkungen auf die Finanz-, Bildungs-, Sozial- und Zuwanderungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen haben. Darüber hinaus stellt sie den Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen. Deshalb begrüßen wir

(Lars Harms)

es, dass CDU und SPD mit ihrem Antrag die Herausforderungen des demografischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Aus Sicht des SSW geht es nicht darum, immer nur den Untergang des Abendlandes heraufzubeschwören, wie es in der Populärpresse gang und gäbe ist, wenn das Thema demografischer Wandel angesprochen wird. Wir müssen uns vielmehr endlich auch einmal mit den Chancen und Möglichkeiten beschäftigen, die sich aus dieser Entwicklung gerade für Schleswig-Holstein ergeben können.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Entwicklung vollzieht sich ja nicht von heute auf morgen. Es ist vielmehr ein Prozess, der sich über 30 Jahre fortsetzen wird. So viel kann man heute wohl schon sagen. Deshalb geht es darum, zum Wohle des Landes aktiv in diesen Prozess einzugreifen. Zum einen muss die Politik die Unternehmen dabei unterstützen, den demografischen Faktor in ihr Personalmanagement und in die Unternehmensentwicklung mit einzubeziehen. Obwohl mehr als 70 % aller **Unternehmen** bekannt ist, dass in den nächsten zehn Jahren der Anteil der über 55-Jährigen in den Betrieben stark zunehmen wird, sind nur wenige Firmen bereits dabei, hinreichende Lösungskonzepte zu erarbeiten und ein entsprechendes Personalmanagement zu betreiben. Die Landesregierung sollte Programme anbieten, die die Unternehmen dabei unterstützen, eine alterausgewogene Personalpolitik zu entwickeln. Es ist ja richtig, dass nur diejenigen Wirtschaftsstandorte attraktiv bleiben werden, die auch in Zukunft über ein ausreichendes und gut ausgebildetes **Arbeitskräfteangebot** verfügen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu gehört auch, dass Schleswig-Holstein ein qualitativ hochwertiges **Schul- und Hochschulsystem** vorhält und dass man eine ideologiefreie **Einwanderungspolitik** betreibt.

Darüber hinaus ist es natürlich - wie auch im Antrag angesprochen - wichtig, dass die Landesregierung gerade die kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützt, **neue Geschäftsfelder**, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, zu erschließen. Die Gesundheitswirtschaft, die Kulturwirtschaft, der Bereich Life Science und die Bildungseinrichtungen sind Bereiche, in denen wir in Schleswig-Holstein einer älter werdenden Gesellschaft viel zu bieten haben. Davon sollten gerade

unsere Unternehmen in Zukunft noch mehr als bisher profitieren.

Im Antrag fehlt mir allerdings ein wichtiger Punkt. Gerade im **Tourismusbereich** dürfte der demografische Wandel große Möglichkeiten für uns im Lande bieten. Ältere Menschen werden in Zukunft mehr verreisen. Sie sind fit und stellen große Anforderungen. Angesichts dieser großen Anforderungen macht es dann durchaus Sinn, auch Projekte wie Kulturpromenaden zu fördern. Das ist die Infrastruktur, die gerade von dieser Klientel nachgefragt wird. Insofern sind es schon zukunftssträchtige Investitionen, wenn man diese Infrastruktur in den Kurorten entsprechend unterstützt.

(Beifall beim SSW)

Was liegt also näher, als dass Schleswig-Holsteins Tourismuswirtschaft sich gerade bei diesen Best Agern profiliert und sich quasi als Florida Deutschlands positioniert, um ältere Menschen anzuziehen? Wir haben schöne Landschaften, zwei Meere und viel frische Luft. Was uns aber immer noch fehlt, sind vernünftige touristische Strukturen, die sich auf die veränderten Urlaubsanforderungen, welche sich durch den demografischen Wandel ergeben werden, einstellen. Gleiches gilt übrigens auch, wenn man daran denkt, dass diese begüterten Schichten durchaus ihren gesamten **Lebensabend** hier bei uns verbringen könnten. Das hat dann etwas mit kommunaler Bauplanung zu tun. In diesem Bereich sehen wir auch große Chancen für unsere Wirtschaft. Deshalb ist der demografische Wandel nicht nur eine Herausforderung, sondern insbesondere für uns in Schleswig-Holstein auch eine Chance, die wir nutzen sollten. Mit dem demografischen Wandel kann man auch Geld verdienen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die Landesregierung hat nun der Wirtschaftsminister, Herr Dietrich Austermann, das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt erzählen Sie uns, wie Sie in die Puschen kommen wollen!)

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete, Sie sagen, wir sollen in die Puschen kommen. Wenn ich Ihre Kollegin richtig verstanden habe, so haben Sie die Themen bereits Anfang

(Minister Dietrich Austermann)

der 90er-Jahre angepackt. Dann müsste doch eigentlich alles gelöst sein. Insofern weiß ich gar nicht, vor welchen Aufgaben wir noch stehen.

Nein, in der Tat ist es so, dass der demografische Wandel die Einwohnerzahl in absehbarer Zeit deutlich verändert wird; die Abgeordneten Schröder und Callsen haben darauf hingewiesen. In unserer heutigen Situation geht man davon aus, dass das Reproduktionsverhalten so bleibt, wie es ist. Das kann zwar niemand vorhersagen, aber wir unterstellen es jetzt einmal. Wir bemühen uns, durch eine andere **Familienpolitik** dazu beizutragen, dass die Menschen mehr Kinder bekommen, dass die Betreuungssituation verbessert wird und so weiter.

Wenn wir aber unterstellen, dass sich der negative Trend fortsetzen wird, dann ist davon auszugehen, dass bis 2050 in Schleswig-Holstein ein Rückgang der Einwohnerzahl um 400.000 auf 2,4 Millionen eingetreten sein wird. Jeder kann sich vorstellen, dass dieser Rückgang um 400.000 Einwohner - zurzeit haben wir 2,8 Millionen Einwohner - eine deutliche Veränderung auch der Alterspyramide bedeuten wird und dass dies auch erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbspersonen haben wird. Dann wird sicherlich auch über das Thema Lebensarbeitszeit nachgedacht werden.

Der demografische Wandel schafft Probleme. Er bietet aber auch Chancen. Durch die **niedrigen Geburtenraten** schafft er Veränderungen im Bereich des Schul- und Bildungssystems. Er führt durch eine massive Zunahme des Anteils älterer Menschen zu ungünstigen Finanzierungsschlüsseln in der Sozialversicherung sowie zu einer veränderten Konsumstruktur vor allen Dingen in den Branchen Gesundheit, Wohnen, Lifestyle, Reisen sowie Finanzdienstleistungen. Überall dort wird es einen gewaltigen Wachstumsschub geben.

Zunehmen wird ferner der Bedarf an sozialen Dienstleistungen, an altersgerechten Verkehrsangeboten, an kürzeren Basisausbildungen und - im Gegenzug - an lebenslangen Fortbildungs- und Weiterbildungsangeboten. Denn die älteren Arbeitnehmer werden künftig noch weniger verzichtbar sein als heute.

Zur aktuellen **Fachkräftesituation** in Schleswig-Holstein. Es wird generell von einem Fachkräftemangel gesprochen. Ich bin nicht davon überzeugt, dass dieser Zustand auch bei uns schon eingetreten ist. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit sieben Jahren gefallen. Die Zahl der offenen Stellen ist deutlich gestiegen und wir haben kürzere Vakanzzeiten bei Arbeitslosigkeit. In einzelnen Branchen - insbesondere in der mariti-

men Wirtschaft, im Handwerk und im Bereich IuK - ist der Fachkräftebedarf deutlich gestiegen. Deswegen rede ich von einem Fachkräftebedarf und nicht von einem Fachkräftemangel.

Zu diesem Fachkräftemangel kann es aber mit Sicherheit kommen und dann wird es notwendig sein, dass es zu deutlichen Veränderungen in der Personalpolitik der Betriebe kommt. Wir brauchen familienfreundlichere Betriebe und es muss in einem höheren Maße die Möglichkeit bestehen, dass durch eine Kombination von Arbeits- und Familienleben mehr Arbeitskräftepotenzial erschlossen wird.

Wir brauchen mehr Kooperationen zwischen Schule, Hochschulen und Unternehmen und unterm Strich brauchen wir einen höheren **Qualifizierungsgrad** in unserer Gesellschaft; dies gilt vor allen Dingen im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein können in diesen Bereichen flexibler reagieren als große Unternehmen und gerade Schleswig-Holstein bietet eine besondere Lebensqualität insbesondere für junge Menschen. Ich bin davon überzeugt, dass dies unsere Position im Wettbewerb mit den anderen Ländern deutlich stärken wird.

Nun zu den konkreten Maßnahmen. Im **Bereich der beruflichen Ausbildung** verstärken wir die Maßnahme „Bündnis für Ausbildung“, die Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft, die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die Förderung benachteiligter Jugendlicher sowie innovative Projekte wie die Ausbildung in Teilzeit.

Was all dies mit dem Generationenthema zu tun? - Es hat etwas damit zu tun, weil wir uns bemühen, niemanden links liegen zu lassen. Wir möchten jeden in den Arbeitsprozess integrieren.

Zur **Weiterbildung!** In diesem Schlüsselbereich für den demografischen Wandel werden wir bis zum Jahre 2013 über 24 Millionen € ausgeben - sowohl aus dem Zukunftsprogramm als auch aus dem Schleswig-Holstein-Fonds -, um die Modernisierung der Berufsbildungsstätten zu ermöglichen, das Netz der Weiterbildungsverbände auszubauen, die Förderung des Meister-BAföGs zu unterstützen und eine Förderung der beruflichen Weiterbildung in kleineren und mittleren Unternehmen vorzunehmen.

Zum **Hochschulangebot!** Indem wir 4.000 zusätzliche Studienplätze gerade im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich ausweisen, möchten wir deutlich machen, dass wir uns um den Nachwuchs kümmern. Dies tun wir insbesondere dort, wo wir

(Minister Dietrich Austermann)

besondere Entwicklungen der Wirtschaft und damit eine Magnetwirkung für Arbeitnehmer aus anderen Bundesländer erwarten. Wir wollen die Studienabbrecherquote verringern und mehr duale Studienangebote; diese werden in der Regel gut angenommen.

Zum Schluss möchte ich etwas zu den **Chancen des demografischen Wandels** sagen. Die Alterung der Gesellschaft wird zu einer Verschiebung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen führen. Viele Menschen, die sich auf das Alter vorbereiten, zählen zu den Strukturgebern. In diesem Zusammenhang sehen wir die Gesundheitsbranche, die Bereiche Freizeit, Unterhaltung, Kultur sowie Tourismus; hier erinnere ich an das Thema Kreuzfahrttourismus. Es geht auch um Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau privater Altersvorsorge. Ebenso wird es eine verstärkte Nachfrage in den Bereichen Versorgung, Pflege und seniorengerechtes Wohnen geben.

In all diesen Bereichen gibt es erhebliche **ökonomische Potenziale**. Wir haben darauf in vielen Bereichen reagiert, so zum Beispiel durch die Neuausrichtung der Tourismusstrategie auf eine bestimmte Zielgruppe.

(Beifall bei CDU und SSW)

Je schneller und vorausschauender sich unsere Unternehmen auf den demografischen Wandel einstellen, desto besser sind die Zukunftsaussichten. Die Landesregierung wird alles über das Zukunftsprogramm Wirtschaft tun, um unsere Wirtschaft dabei zu unterstützen. Wir werden dabei vor allen Dingen versuchen, Ressourcen zu nutzen, die sich aus der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft ergeben.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag Drucksache 16/1627 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich möchte Ihnen eine gute Nachricht hinsichtlich des Ablaufs der Sitzung verkünden: Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, dass Tagesordnungspunkt 20, Umsetzung der Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Berlin, im November behandelt wird.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 19 auf:

### **Ausgestaltung des europäischen Forschungsraums**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1636

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

**Niclas Herbst [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen Kollegen dafür, dass sie so lange ausgehalten haben und jetzt diesem Tagesordnungspunkt - sicherlich der Höhepunkt der heutigen Aussprache - beiwohnen.

(Manfred Ritzek [CDU]: Das wollte ich eigentlich sagen! - Heiterkeit)

- Ich weiß, dass Sie, Herr Kollege, das sagen wollten.

Im Ernst, meine Damen und Herren: Wir haben in den vergangenen drei Tagen sehr viel über den Klimawandel, den demografischen Wandel und andere Punkte diskutiert. Beispielsweise nenne ich die Verbreitung infektiöser Krankheiten. All dies sind Punkte, die zwar nur grenzüberschreitend behandelt werden können, aber lokales Handeln erfordern.

Wir wissen, dass **Spitzenforschung** in Europa weit verstreut ist und dass es keine ausreichende Vernetzung gibt. Der europäische Forschungsraum ist daher Kernelement der neuen **Lissabon-Strategie** und Eckpfeiler einer europäischen Wissensgesellschaft; das können Sie auch unserem Antrag entnehmen. Auch das Grünbuch ist ein entscheidendes Dokument. Wir wollen mit unserem Antrag genau dieses in den Blickpunkt des Landtags rücken.

Erwähnen möchte ich auch den **Europäischen Forschungsrat**, der meiner Meinung nach einen Meilenstein darstellt und auch ein Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft ist. Denn er leitet die Mittelvergabe weg von Bürokratie hin zu Sachkunde ein. Das Forschungsrahmenprogramm soll bis 2013 bis zu 50 Milliarden € verteilen und ist somit das weltweit größte Programm dieser Art. Ab Anfang 2008 sollen konkrete Initiativen auf dieser Grundlage erfolgen.

Meine Damen und Herren, das sind die Rahmenbedingungen, über die wir reden. Wir wollen mit diesem Antrag rechtzeitig auf sie aufmerksam machen und eine Diskussion einleiten.

(Niclas Herbst)

Natürlich kann ein solcher Antrag nicht alle Maßnahmen, die ab 2008 erfolgen sollen in ihrer Konkretetheit enthalten. Ich darf Ihnen erfreulicherweise mitteilen, dass gestern im Bundestag ein Antrag der Grünen mit nahezu der gleichlautenden Zielrichtung behandelt wurde. Dieser Antrag ist noch umfangreicher und von daher bedeutet das, dass wir auf Bundesebene und Landesebene die gleichen Punkte diskutieren können.

Erwähnen möchte ich auch, dass wir nicht über einen europäischen Forschungsraum diskutieren können, ohne nicht auch gleichzeitig den europäischen Hochschulraum ins Auge zu nehmen. Von daher glaube ich, dass das Hochschulgesetz in einigen Jahren von der Opposition wesentlich anders beurteilt wird, als es zurzeit von ihr getan wird.

Lange Rede, kurzer Sinn, meine Damen und Herren: Wir wollen auf diese Problematik aufmerksam machen. Es muss früh damit angefangen werden, darüber zu diskutieren. Das wollen wir im Europaausschuss und im Bildungsausschuss tun. Deshalb bitte ich um Überweisung.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

**Rolf Fischer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niclas Herbst hat die Rahmenbedingungen benannt, hat im Grunde die Dinge gesagt, die wir mit dem Antrag anstoßen wollen. Wir wollen in die Diskussion hineinkommen. Lassen Sie mich mich deshalb auf wenige Punkte beschränken.

Mehrere Hunderttausend Wissenschaftler in **Europa** fehlen. Um erfolgreich am weltweit existierenden Wettbewerb von Technologie und Wissenschaft teilnehmen zu können, müssen wir **Nachwuchsschulung** betreiben. Wenn wir die immer wieder geforderte Entwicklung hin zur europäischen Wissensgesellschaft umsetzen wollen, brauchen wir eine neue Dynamik.

Wir wollen nicht nur einen ökonomischen Binnenmarkt, wir wollen auch einen neuen Binnenmarkt für Forschung und Wissenschaft in Europa mit dem Ziel, auch regionale Forschungsprogramme und Strategien zu initiieren und zu fördern.

Noch immer gilt aber europaweit: Forscher stoßen auf bürokratische Hindernisse, die ihrer beruflichen Entwicklung im Weg stehen. Unternehmen finden

es schwierig, Partnerschaften - übrigens auch grenzüberschreitend - mit Hochschulen aufzubauen. Die europäische, die nationale und damit auch die regionale **Forschungsfinanzierung** sind noch besser zu koordinieren und abzustimmen.

**Schleswig-Holstein** ist aber Teil des europäischen Forschungsraumes und deshalb werden wir auch neue Wege aufzeigen, die wir auf der Grundlage dieses Grünbuches entwickeln können.

Ich möchte mich an dieser Stelle auf einen Punkt beschränken. Es gibt zurzeit 41 **Partnerschaften** schleswig-holsteinischer **Universitäten** mit Hochschulen in Europa, Asien und den USA. Diese Partnerschaften im Sinn einer kontinuierlichen und abgestimmten Wissenschaftsinitiative zu gestalten und eventuell mit europäischen Mitteln zu fördern, das wäre eine Chance, unseren regionalen Forschungsrahmen stärker international und europäisch zu öffnen. Vorstellbar wäre, die Universitäten unserer Partnerregionen in Dänemark, Polen, Schweden und Russland in ein solches Konzept einzubinden.

Im übrigen unterstützt das **Grünbuch** diese wissenschaftliche Zusammenarbeit und schafft auch über das 7. Forschungsrahmenprogramm Anreize, solche übernationalen Wissenschaftskooperationen auf den Weg zu bringen. Das gilt insbesondere auch für die **Spitzenforschung**. Basis für eine solche Zusammenarbeit wäre daher auch unser Exzellenz-Cluster-Projekt „Future Ocean“, das wir noch stärker auf der europäischen Ebene einbringen sollten.

Mit dem vorliegenden Antrag gehen wir also wichtige Schritte im Auf- und Ausbau des europäischen Forschungsraumes. Schleswig-Holstein wird und will seine Chancen nutzen und wir sollten nach der Abschlussdebatte, der Diskussion im Bildungsausschuss und im Europaausschuss, eng kooperieren und sehen, dass wir uns vielleicht in einiger Zeit, wenn auf europäischer Ebene der Konsultationsprozess abgeschlossen ist und wir in den Ausschüssen die Debatten geführt haben, zu diesem Thema noch einmal zusammenfinden, sodass wir sagen können, welche Konsequenzen aus dem Anstoß, den dieser Antrag geben soll, für uns erwachsen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und schenke Ihnen 1:15 Min Redezeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Rolf Fischer. - Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Vorankommen des europäischen Forschungsraumes ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns in der Tat im Ausschuss etwas vertiefend werden befassen müssen. Ich möchte hier nur zwei Anmerkungen machen, um auch einmal auf kritische Entwicklungen und Verhältnisse hinzuweisen.

Zum einen die Lissabon-Strategie, das Ziel, bis zum Jahr 2010 einen Anteil von 3 % des **Bruttoinlandsproduktes** in den **EU-Ländern** für **Forschung und Entwicklung** auszugeben: In der Tat sind wir weit weg von diesem Ziel. In Deutschland haben wir zur Zeit etwa 2,5 % erreicht. Das verteilt sich zu etwa einem Drittel auf staatliche **Geldgeber**, Bund und Länder, und zu zwei Drittel auf Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen der Wirtschaft. Wenn man allein den staatlichen Anteil auf einen Level erhöhen wollte, der erforderlich wäre, um das 3-%-Ziel zu erreichen, müssten Bund und Länder jährlich 5 Milliarden € mehr in Forschung und Entwicklung investieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit habe ich nur eine Zahl genannt, die auch deutlich macht, wie weit wir in der Tat von dem selbst gesetzten Ziel entfernt sind.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum anderen der **Bologna-Prozess**, also die Einführung der neuen Studienstrukturen Bachelor und Master: Wenn man dies noch zu einem Erfolg führen will - es ist fast schon fünf Minuten vor zwölf in dieser Sache -, dann darf man die Fehlentwicklungen, die wir hier überall beobachten können, einfach nicht übersehen. Man muss da konsequent gegensteuern. Die Einführung dieser **neuen Studienstrukturen** krankt in Deutschland an einer schematischen, bürokratischen, konzeptionell vermurksten Form der Implementierung dieses Bologna-Prozesses. Es ist Planwirtschaft pur, die Akkreditierungsprozeduren sind monströs teuer; es entsteht damit eine neue **Hochschulbürokratie** und es verschluckt enorm viel Geld. Genauso schlimm ist: Statt wirklich einen gemeinsamen Hochschulraum einzuführen, entstehen vielfach an den Hochschulen - gerade in Deutschland - eingezäunte Kleingärten, wo sich Hochschulen voneinander abschotten.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, es werden neue **Mobilitätshürden** aufgebaut, weil Bachelor-/Master-Konzepte nicht miteinander kompatibel sind.

Wir haben vor Kurzem im Bildungsausschuss, in der vorletzten Sitzung, erfahren, dass beispielsweise die Universität Flensburg ihr Lehrerbildungsmodell, das sie vor zwei Jahren angeleiert hat, praktisch in die Tonne werfen kann, und dass ab 2009 ein neues **Bachelor-/Master-Konzept** entwickelt werden soll. Die Lösungsansätze, die die beiden zuständigen Minister, Herr Austermann und Frau Erd-siek-Rave, angedeutet und dem Ausschuss vorgestellt haben, sind schon kurios, nämlich dass der Mastergrad erst dann verliehen wird, nachdem sich jemand, der an der Universität studiert hat, eine bestimmte Zeitlang im Vorbereitungsdienst fehlende Creditpunkte geangelt hat. Das ist ungefähr so, als ob Sie einem angehenden Mediziner, einem Arzt, seine Approbationsurkunde erst dann verleihen, wenn er schon ein Jahr lang im Krankenhaus als Assistenzarzt gearbeitet hat. Vieles ist einfach so schief und unstimmig, dass man nur staunen kann.

Erst kürzlich hat beispielsweise der AstA der Universität Kiel davor gewarnt, dass es in dem bevorstehenden Wintersemester wegen der jetzt im großen Stil anstehenden Einführung der neuen Bachelor-/Master-Studiengänge zu einem regelrechten Chaos in der **Organisation der Studiengänge** kommen könnte. In der letzten Woche waren zwei Vertreter, der Vertreter der Jusos und die Vertreterin der grünen Hochschulgruppe, noch bei mir und haben mit konkreten Einzelbeispielen beschrieben, wie schwierig jetzt unmittelbar vor Beginn des Wintersemesters die Situation an der Uni ist, weil in der Frage der Beratung der Studenten in den Fächern und Instituten vielfach totale Ratlosigkeit vorherrscht.

Hier gilt es wirklich, ein ganzes Bündel von Problemen in den Griff zu bekommen, sonst steht uns hier - ich sage das noch einmal - das größte hochschulpolitische Desaster der deutschen Nachkriegsgeschichte bevor. Wir sollten als Parlament alles tun, was wir können, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Ich denke, alles Weitere zu diesem Thema sollten wir dann im Ausschuss beraten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird oft geklagt, die deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wanderten in Scharen in die USA aus, weil hier als Nachwuchstalent nur Stellen für fünf Jahre zu bekommen wären. Nun schreibt das „Managermagazin“, es gebe eine Trendwende. 85 % der in die USA ausgewanderten **Fachleute in der Wissenschaft** würden wieder nach Deutschland zurückkommen und es gäbe auch wieder attraktive Stellen. Mal sehen, ob das Magazin Recht hat.

Auch wenn die eben von Herrn Dr. Klug beschriebenen Defizite bestehen, dass wir viel zu wenig Geld für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgeben, müssen wir immerhin doch festhalten: Deutschland hat unter den EU-Staaten die meisten Patentanmeldungen, wir stehen da direkt hinter den USA und wir haben auch zum europäischen Forschungsraum etwas beizutragen.

Ich habe mir einmal das **Grünbuch** etwas näher angeschaut, auf das sich die Koalitionsfraktionen mit ihrem allgemeinen Antrag beziehen. Ein Ziel davon hätte ich gern in unserem Antrag wiedergefunden. Das Grünbuch schreibt, dass neben den angestrebten wissenschaftlichen **Spitzenleistungen** die europäische Forschung den Fortschritt und die Verbreitung des Wissens unterstützen und Strategien für die nachhaltige Entwicklung in den Bereichen untermauern soll, wichtige Anliegen, die die Allgemeinheit betreffen wie Gesundheit, Energie- und Klimawandel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird also ein richtiger Forschungsinhalt festgelegt. Das ist für Europa neu und das finde ich gut.

Es wird außerdem auch etwas über das Thema **Demokratie und Forschung** gesagt. Es soll nämlich nach neuen Möglichkeiten gesucht werden, wie die breite Öffentlichkeit bei der Festlegung, Durchführung und Bewertung von Forschungsplänen eingebunden und ein sehr verantwortungsvoller wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt gefördert werden kann. Denn Sie wissen, dass oft wichtige, milliarden schwere Entscheidungen hinter geschlossenen Türen gefällt werden. Ich finde, es ist sehr löblich, dass die EU zumindest hier umdenkt.

Es wird außerdem festgehalten, dass der **Anteil von Frauen** in der Forschung erhöht werden muss und dass konkrete Maßnahmen zu unterstützen sind. Das ist in Ihrem Antrag auch wiederzufinden. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Aber wir geben auch zu bedenken, dass manches, was hier angedacht wird, durchaus nicht ohne Weiteres auf ungeteilte Gegenliebe stößt. Es steht nämlich in dem Grünbuch, dass die Forscher ihre **Forschungsetats**, die sie zum Beispiel hier bekommen, mit denen sie auch Nachwuchsforscher beschäftigen und mit denen ganze Institute ausgestattet werden, **international mitnehmen**. Man stelle sich vor, unsere Spitzenmediziner an der Medizinischen Fakultät würden die Entzündungsforschung mal eben Huckepack in ein anderes Land Europas mitnehmen. Ich glaube, das würde hier auf geteilte Zustimmung stoßen. Insofern finde ich diesen Punkt des Grünbuchs durchaus überdenkenswert.

Verständlich ist, dass sich das Grünbuch auch insbesondere um die **soziale Sicherung** der Nachwuchsforscher Gedanken macht und hier noch Defizite sieht. Es lohnt sich leider im Augenblick oft noch nicht, wenn Wissenschaftler in verschiedenen Staaten forschen und lehren oder ihre Doktorarbeit machen, weil sie die Ansprüche, die sie dort für ihren späteren Ruhestand sozial erwerben, nicht immer ohne Weiteres mitnehmen können.

Ganz zentral beziehe ich mich aber auf das Thema **Schnittstelle zwischen europäischem und außereuropäischem Forschungsraum**. Hierzu ist dankenswerterweise in dem Grünbuch auch ausgeführt, dass er sehr wichtig ist. Die Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarn, die noch nicht in der EU sind, aber insbesondere auch mit Entwicklungsländern.

Da komme ich auf etwas zu sprechen, was ich Ihnen nur empfehlen kann: Gucken Sie sich das genau an. Unser Bundesinnenminister hat jetzt wieder neue Richtlinien herausgegeben, die auch die Thematik der **Nachwuchsforscher** und der Studierenden betreffen. Da kann ich nur sagen: Die Grenzen müssen sich dem internationalen Forschungsaustausch öffnen; das Gegenteil ist der Fall. Wer als Promovierender aus einem außereuropäischen Land seine Promotion machen will oder einen Teil seiner Promotion hier, weil er zum Beispiel in besonderen Dokumenten oder an besonderen Instituten forschen will, der schafft es praktisch nicht, nach Deutschland zu kommen. Die Hürden sind dermaßen hoch, da ist noch viel zu tun, da müssen wir vor unserer eigenen Haustür kehren. Das ist sicher auch für andere europäische Länder ein Thema, aber besonders für uns.

Wenn wir uns auch mit diesem Thema im Fachausschuss beschäftigen würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Hier muss ein Signal ausgesendet werden, dass wir nicht nur auf das Grünbuch vertrauen und



(Angelika Birk)

allgemeine Anträge verabschieden, sondern dass wir auch konkret etwas tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Birk. - Das Wort für den SSW im Landtag hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Idee des europäischen Forschungsraums geht auf die Zeit von vor 30 Jahren zurück. In den 70er-Jahren prägte ihn der damalige Forschungskommissar Ralf Dahrendorf mit dem Ziel, die Vernetzung der Maßnahmen zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission im Bereich Forschung und Entwicklung voranzubringen. Der Europäische Forschungsraum soll mit anderen Worten einen Binnenmarkt für die Forschung schaffen, um die **gesamteuropäische Zusammenarbeit** und Koordination von nationalen **Forschungsaktivitäten** zu stärken.

Ein weiterer Meilenstein zur Umsetzung dieser Vision war die sogenannte **Lissabon-Strategie**. Kernpunkt dieser Strategie - Sie wissen es, liebe Kolleginnen und Kollegen - ist die Absichtserklärung, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes steigen sollen. Neben den Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist das Personal in diesen Bereichen der wichtigste Indikator für den Input von Forschung und Entwicklung, der in einem Land oder einem Sektor der Forschungslandschaft geleistet wird. Eine Steigerung der Mittel für Forschung und Entwicklung bedingt auch eine Steigerung der in diesem Bereich tätigen, hoch qualifizierten Personen.

Ich hebe diese beiden Punkte hervor - die Aufstockung der Mittel für Forschung und Entwicklung und die effizientere Nutzung des vorhandenen Begabungspotenzials -, weil sie fast schon ein Symbol dafür sind, dass die Idee eines europäischen Forschungsraums erst dann Wirklichkeit wird, wenn mehr **Geld** und mehr **Ressourcen** in diesen Sektor hineinfließen. Da reicht es eben nicht, dass Bund und Länder im Dezember 2006 in einer gemeinsamen Vereinbarung das Ziel, 3 % des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren, noch einmal bestätigen.

Konkret bedeutet dies aus Sicht des SSW, dass an dem Fundament für einen europäischen For-

schungsraum noch vieles verbessert werden muss, ehe uns das Grünbuch der EU-Kommission wirklich weiterhilft.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht nur die Unterfinanzierung unserer Hochschulen ist ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass immer noch zu wenig **Frauen** in Forschung und Lehre tätig sind, stellt letztlich ein Entwicklungshemmnis dar.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn die Forderung nach gleichen Chancen für Frauen ist längst nicht mehr ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sie ist vielmehr ein wichtiger Erfolgsfaktor in der Wissensgesellschaft. Ich weiß, dass der Antrag dieses auch anspricht. Ich möchte aber deutlich machen: Dies sind Hausaufgaben, die schon längst hätten erledigt werden sollen!

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine wettbewerbsorientierte Schwerpunkt- und Profilbildung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie auch eine Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich muss deshalb eine nachhaltige Durchsetzung der Chancengleichheit im Wissenschaftsbereich zur Voraussetzung haben.

Alles dies ist wohl bekannt, denn hier trifft wirklich der völlig abgedroschene Satz zu, dass wir ein Handlungsdefizit haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da die Entwicklung auf **EU-Ebene** aber weitergeht, macht es natürlich Sinn, dass auch in Schleswig-Holstein eine Debatte darüber angestoßen wird, wie wir insgesamt unsere Forschungseinrichtung in diesem neuen europäischen Forschungsraum positionieren können. Dazu gehört natürlich auch die Auswertung des Grünbuchs und dazu gehört auch die Formulierung einer Strategie für den Abbau von Mobilitätshemmnissen im Wissenschaftsbereich.

Dass wir es dabei mit einem weiten Feld zu tun haben, machte die Kollegin Birk vorhin deutlich. Ich kann etwas hinzufügen, indem ich noch einmal über die deutsch-dänische Grenze gucke. In unserem Nachbarland hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, diese Hemmnisse durch steuerliche Anreize abzubauen, was meiner Meinung nach ein Beleg dafür ist, wie wichtig es ist, dass wir auch zu einer

**(Anke Spoorendonk)**

europäischen Lösung hinsichtlich der Etablierung eines **Binnenmarktes für Forschung** gelangen.

Aber auch hier dürfen wir nicht vergessen, dass es jetzt nicht darauf ankommt, auf diesen Binnenmarkt zu warten, sondern dass jetzt gleich gehandelt werden muss. Im Ausschuss will ich das Projekt der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet hinsichtlich der Etablierung eines Collegium Mare Balticum - das ist eine Graduiertenschule - ansprechen, weil das genau belegt, was man jetzt machen muss und dass dort die europäischen Hemmnisse das Problem darstellen, sondern die unterschiedlichen Hochschulgesetze. Da muss man also aufeinander zugehen und pragmatische Lösungen finden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

Zum 7. Forschungsrahmenprogramm werde ich jetzt nichts weiter sagen, dazu hatten wir Anfang des Jahres schon eine Debatte.

Kurz und gut: Der vorliegende Antrag kann eigentlich nur eine erste Lesung sein. Wie auch schon angekündigt, müssen wir ihn im Europaausschuss und im Bildungsausschuss wirklich noch einmal konkret begleiten und vielleicht noch präzisere Fragen dazu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Spoorendonk. - Das Wort für die Landesregierung hat nun Wissenschaftsminister Dietrich Austermann.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Wissenschaftsminister begrüße ich natürlich diese Debatte, weil sie deutlich macht, dass wir mehr Geld für Forschung und Entwicklung in Schleswig-Holstein brauchen. Ich hoffe, dass sich daran alle Anwesenden erinnern, wenn die Beratung über die mittelfristige Finanzplanung im Herbst beginnt und dann sicher Anträge hier und da gestellt werden. Man stellt dann fest, wie viele überlappende Interesse es in den verschiedenen Bereichen gibt.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass wir uns als Deutsche in dieser Woche besonders über die Tatsache gefreut haben, dass es zwei deutsche Nobelpreisträger gibt. Gerhard Ertl ist Träger des Chemienobelpreises und Peter Grünberg als Chef des Forschungszentrums Jülich erhält einen Nobelpreis für Physik.

(Beifall bei der CDU)

Grünberg teilt sich die Auszeichnung mit einem französischen Physiker. Damit haben sich europäische Spitzenforscher deutlich von den früher jahrelang übermächtig erscheinenden amerikanischen Forschern abgesetzt, die jeweils manchmal drei oder vier Nobelpreise gleichzeitig abgegrast haben.

Trotz dieser Situation kann man nicht sagen, dass wir die Arbeit damit erledigt haben. In der Regel sind die Auszeichnungen des Nobelpreiskomitees Auszeichnungen für Arbeit, die immer noch die **Forschungslandschaft** prägt, aber die Jahre her ist. Wir erwarten gleichwohl davon einen Schub, der deutlich macht, dass es ohne diese Forschung eine andere Entwicklung in den jeweiligen Bereichen gegeben hätte und geben würde.

Beide Einrichtungen - Jülich wie auch das Max-Planck-Institut - sind Einrichtungen, die vor allem vom Bund, aber auch von den Ländern finanziert werden. Insofern können wir ein bisschen mit stolz darauf sein, zumindest bezüglich des Teils, den wir beim Max-Planck-Institut leisten.

**Europäischer Forschungsraum** macht Sinn, weil man natürlich behaupten kann, dass es wesentlich mehr Exzellenzen in Europa geben wird. Ein europäischer Forschungsraum kann regionale und nationale Anstrengungen sinnvoll ergänzen, bündeln und erleichtern, um etwas für die Situation in Schleswig-Holstein zu tun.

Sie haben das **Dreiprozentkriterium** angesprochen. In Schleswig-Holstein sind wir noch bei 1,2 %. Das hängt damit zusammen, dass die Wirtschaft bei 0,6 % liegt, die öffentliche Hand ebenfalls bei 0,6 %. Das Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel ist bei uns wegen der Struktur der Betriebe leider nicht möglich. Das bedeutet, wir müssen uns besonders anstrengen. Wir tun dies über das Zukunftsprogramm Wirtschaft, über die Hochschulförderung und durch viele andere Maßnahmen.

Die im **Grünbuch** der EU beschriebenen Maßnahmen bieten gute Beispiele für die Optimierung von Forschungsprogrammen, die Abstimmung nationaler Forschungsprioritäten, die Schaffung von Forschungskapazitäten auf Weltniveau und die Einrichtung eines einheitlichen Arbeitsmarktes für Forscher. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass das noch längst nicht erreicht ist.

Ich kann dem Antrag der Regierungsfractionen und den darin angeführten Argumenten grundsätzlich zustimmen. Aber ich möchte ein paar Klarstellungen vornehmen, die wir auch in die Stellungnahme

(Minister Dietrich Austermann)

gegenüber dem Bundesrat im Sommer dieses Jahres hineingebracht haben.

Erstens. Wir brauchen auch in Zukunft **regionale Forschungsinfrastrukturen** als Basis für den europäischen Forschungsraum.

Zweitens. Die **Exzellenz** sollte bei europäischen Förderprogrammen nach wie vor als Kriterium an erster Stelle stehen, so schwierig das hin und wieder für manche wissenschaftliche Einrichtungen im Land ist. Wir müssen die Einrichtungen eben adäquat ausstatten.

Drittens. Die Gründung neuer Institutionen und Verbände auf europäischer Ebene darf nicht zulasten bestehender Programme und Infrastrukturen gehen. Denn die EU braucht nicht andere, sondern mehr **Forschungsinvestitionen**.

Viertens. Im Hinblick auf einen intensiven **Wissensaustausch** müssen auch die Schutzrechtsregelungen europäisiert werden. Es darf nicht sein, dass wir in den einzelnen Ländern unterschiedliche Regelungen haben und Rechte missbraucht werden.

Fünftens. Das **Subsidiaritätsprinzip** muss auch bei der Abstimmung von Forschungsprogrammen gewahrt bleiben, weil wir auch in Zukunft eine Diversität der regionalen **Forschungsansätze** brauchen. Denn es gibt sehr viele regionale und nationale Forschungsprogramme, die die EU gar nicht unterstützen kann und auch gar nicht unterstützen sollte.

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen zu unserer Region machen.

Herr Klug, Sie haben das Thema „Bachelor und Master“ angesprochen. Wir haben inzwischen 169 **Studiengänge** umgestellt. Es wäre also nicht richtig, den Eindruck zu erwecken, wir stünden am Anfang eines Prozesses.

Probleme gibt es in der **Lehramtsausbildung**; damit haben Sie völlig recht. Wir sind in unseren kritischen Meinungen sehr dicht beieinander. Ich hoffe auf mehr Einsicht bei den Kollegen Kultusministern außerhalb Schleswig-Holsteins.

Darüber hinaus haben wir im Bereich der **Mediziner** und der **Juristen** gar nicht den **Bachelor und Master** angestrebt. Insofern passt das gebrachte Beispiel nicht ganz.

Dann noch eine Anmerkung zur Exzellenzinitiative. Wir zeigen, dass wir auf dem Weg zu einer **europäischen Qualität** sind. Die Exzellenzinitiative „Zukunft Meer“ hat sich durchgesetzt. Ich bin davon überzeugt, dass wir Ende nächster Woche sagen können, dass sich auch das zweite Cluster durchgesetzt haben wird. Das Gleiche gilt dann

auch für zwei Graduiertenschulen. Dazu sage ich, dass ich mir im Bereich der Graduiertenprogramme, die die DFG in Aussicht stellt, mehr Einsatz, mehr Aktivität der Universitäten wünschen würde. Was dort zurzeit als Bilanz zu verzeichnen ist, entspricht nicht dem Niveau, das ich bei den Hochschulen unseres Landes erwarte.

Wir haben eine Reihe qualifizierter und hoch qualifizierter **außeruniversitärer Forschungseinrichtungen**, die alle einen bedeutenden Anspruch haben. Ich nenne die Fraunhofer-Gesellschaft, das Max-Planck-Institut in Plön, GKSS, IfM Geomar, Forschungszentrum Borstel, Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften. Insofern sind die Voraussetzungen dafür da, dass wir uns auf den europäischen Markt einstellen können.

Wir sind in der Landesregierung bestrebt, im europäischen Wettbewerb mitzuhalten, ohne dass wir dabei unsere nationalen und regionalen Aktivitäten zurückzustellen beabsichtigen. Wir müssen sie im Gegenteil verstärken. Hierfür erbitte ich die Unterstützung des ganzen Hauses.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1636 zur Federführung dem Europaausschuss und zur Mitberatung dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu den spannenden Punkten ohne Aussprache. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, dass ich Tagesordnungspunkt 29 vorziehe:

**Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2006 bis 30. Juni 2006**

Bericht des Petitionsausschusses  
**Drucksache 16/1607**

Ich erteile dazu dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Detlef Buder, das Wort.

**Detlef Buder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde brauche ich einen Bericht des Petitionsausschusses über seine Tätigkeit im letzten Jahr nicht abzugeben. Das habe ich schon mehrfach gemacht. Die Umstrukturierung im Rah-

**(Detlef Buder)**

men der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses hat dazu geführt, dass wir mit den Berichten etwas zurück sind. Ich kann aber erklären, dass wir jetzt insoweit Tritt gefasst haben, dass die zurückliegenden Berichte des letzten Jahres damit abgehandelt sind und wir uns in Zukunft hier über aktuelle Fragen auseinandersetzen können.

Ich stelle Ihnen heute also den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das 2. Quartal 2006 vor. Vorwegnehmen möchte ich, dass es sich hierbei um ein für den Ausschuss sehr arbeitsintensives und im Ergebnis sehr effektives Quartal gehandelt hat.

Der Petitionsausschuss hat in dem Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2006 106 Petitionen abschließend beraten. Im Rahmen seiner Ausschusssitzungen hat er zwei Anhörungen der Landesregierung zu Petitionsangelegenheiten durchgeführt.

Ferner konnte der Ausschuss ein Selbstbefassungsverfahren abschließen, mit dem die therapeutischen Rahmenbedingungen des Frauenmaßregelverzugs näher beleuchtet worden sind. Die Situation des Maßregelvollzuges konnte zwischenzeitlich durch die Einrichtung einer Besuchskommission „bauliche Maßnahmen und Personalaufstockung im Fachreferat“ deutlich verbessert werden. Da können wir sehen, dass sich die Arbeit im Petitionsausschuss direkt nicht nur für einen oder mehrere Petenten, sondern für alle niederschlägt.

Darüber hinaus hat der Ausschuss im 2. Quartal 2006 zwei umfangreiche Ortstermine wahrgenommen. Einer ist Ihnen sicherlich in Erinnerung. In Quickborn hat sich der Ausschuss auf die Spuren des bekannten Architekten Richard Neutra begeben, der hier in den 60er-Jahren eine von zwei Siedlungen in Deutschland errichtet hat. Wie Sie sich erinnern, hat dieser Fall Eingang ins Plenum gefunden. Wir haben uns unter anderem in der Staatskanzlei mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Im Rahmen des zweiten Ortstermins hat sich der Ausschuss mit den Auswirkungen des Baus der A 20 auf einen nahe gelegenen Reitbetrieb befasst, der sich bislang vor allem durch seine reizvolle Lage in naturbelassener Umgebung ausgezeichnet hat. Hier haben sich Berichterstatter und stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses maßgeblich um diesen Fall gekümmert.

In Fällen wie diesen macht es Sinn, sich unmittelbar vor Ort einen Eindruck von der Sachlage zu verschaffen, um in Gesprächen mit allen Beteiligten nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere auch die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung hervorheben.

Besonders gefreut hat mich persönlich das Engagement von Schülerinnen und Schülern des Flensburger Goethe-Gymnasiums. Die Jugendlichen hatten sich mit einer Petition für das Wahlrecht ab 16 Jahren eingesetzt und hierfür im Rahmen des WIPO-Unterrichts gewichtige Argumente zusammengetragen. Diese Petition der Schüler hat außerdem dazu geführt, dass der Unterricht in Wirtschaft und Politik an diesem Gymnasium ganz besonders hervorgehoben worden ist.

Der Petitionsausschuss hat die Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an einer Plenarsitzung eingeladen und im Ausschuss eine Diskussionsrunde mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen organisiert. An der Diskussionsrunde hat unter anderem die Vizepräsidentin teilgenommen. Ich bedanke mich vielmals für das Engagement der Vizepräsidentin.

Die konstruktive und fundierte Diskussion mit den Jugendlichen hat nicht nur mich beeindruckt. Zwar hat der Ausschuss letztlich von einer Empfehlung im Sinne der Schülerinnen und Schüler absehen müssen. Gleichwohl hat die Petition einen beachtlichen Nebeneffekt gehabt, indem sie eine generelle Diskussion über den Stellenwert des Faches Wirtschaft und Politik an Schleswig-Holsteins Schulen nach sich gezogen hat. Die Beratung über einen Antrag, den WIPO-Unterricht grundsätzlich in der Mittelstufe einzuführen, ist nach meiner Kenntnis im kommenden Monat im Plenum vorgesehen.

Abschließend möchte ich kurz auf die Tagung der Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder eingehen, die am 3. und 4. April 2006 in Berlin stattgefunden hat. Ich habe an der Tagung gemeinsam mit meinem Stellvertreter Hartmut Hamerich und dem Geschäftsführer teilgenommen. Wir haben einige ganz wichtige Erkenntnisse mit nach Hause gebracht und dem Petitionsausschuss über die Tagung berichtet.

Ein Schwerpunktthema war die Einrichtung von Härtefallkommissionen nach dem Ausländerrecht in zahlreichen Bundesländern und ihr Verhältnis zu den dortigen Petitionsausschüssen. Hier konnte ich auf die langjährige konstruktive Zusammenarbeit mit unserer Härtefallkommission beim Innenministerium verweisen. Das schleswig-holsteinische Modell hat sich aus meiner Sicht bewährt.

Ich schließe hiermit meinen Bericht über die Arbeit des Petitionsausschusses im zweiten Quartal 2006 und bedanke mich noch einmal bei den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, ohne die wir dieses umfangreiche Programm nicht hätten bewältigen kön-

(Detlef Buder)

nen. Ich bitte um Ihre Bestätigung und um die Erledigung der Petitionen.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter Detlef Buder. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 16/1607 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke, das ist einstimmig geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufegesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1453

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 16/1593

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordneter Siegrid Tenor-Alschausky, das Wort.

**Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarauftrag vom 13. Juni 2007 überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner Sitzung am 6. September 2007 beraten. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Der Gesetzentwurf Drucksache 16/1453 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen über die gemeinsame Zentrale**

**Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1612

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1612 an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung von Verwaltungsstrukturmaßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1618

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1618 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Übertragung und Finanzierung amtlicher Kontrollen bei bestimmten zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Veterinärbeleihungs- und Kostengesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1619

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1619 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN)**

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1631

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1631 federführend an den Wirtschaftsausschuss

(Günter Neugebauer [SPD]: Mitberatend an den Finanzausschuss!)

und mitberatend an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/1641

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 16/1655

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss am 10. Oktober 2007 überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD in seiner Sitzung am 11. Oktober 2007 beschäftigt.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, den Gesetzentwurf zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften, Drucksache 16/1641, unverändert anzunehmen.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter, den wir auch ohne Mikrophon verstanden haben. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Der Gesetzentwurf Drucksache 16/1641 ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 a auf:

**Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1652

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Der Antrag Drucksache 16/1652 ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Informatik als Unterrichtsfach in der Schule**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1496

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 16/1572 (neu)

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Abgeordneter Sylvia Eisenberg, das Wort.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schenke Ihnen meine Zeit und verweise auf die Vorlage. Ich bitte um Zustimmung zu dem Bericht.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Wir danken der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag Drucksache 16/1496 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Marktgerechtes Angebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1160

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses  
[Drucksache 16/1591](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Klaus Klinckhamer, das Wort. - Herr Klinckhamer, Sie werden gebeten, zu einem anderen Mikrofon zu gehen, weil wir das Mikro, an dem Sie stehen, nicht ankriegen.

**Klaus Klinckhamer [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Gruppe des SSW abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Bericht über die Auswirkungen der Rente mit 67 in Schleswig-Holstein und die Umsetzung der „Initiative 50plus“ auf Landesebene**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 16/1355](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
[Drucksache 16/1594](#)

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordneter Siegrid Tenor-Alschausky, das Wort.

**Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einvernehmen mit dem beteiligten Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen der Sozialausschuss einstimmig die Kenntnisnahme des Berichts.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer der Ausschussempfehlung „Kenntnisnahme des Berichts“, Drucksache 16/1355, folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. Das ist einstimmig so beschlossen.

Zum Schluss der Sitzung gebe ich bekannt, dass wir Sie zur 72. Sitzung am 21. November 2007 um 10 Uhr wieder einladen. Ich wünsche Ihnen eine erholsame sitzungsfreie Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:10 Uhr**